

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.60 M.
(davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 4.32 M., einschließlich 80 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzeln. Kopiergebühren 60 Pf. Reklamengebühren 5.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Kabari u. Tanz, Stellengesuche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 66 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, monatlich von 8.— bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 836. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. S. u. Wdr.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

An die Partei!

Es geht um große Dinge! Die kapitalistische Welt ist bis in ihre Grundfesten erschüttert, sie erzittert unter der weltweiten Auswirkung der englischen Währungskrise. Die bürgerlichen Begriffe von der Stabilität und der Ewigkeit des Kapitalismus fürzen zusammen.

Soll die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung den sinnlosen kapitalistischen Experimenten geopfert werden oder soll die Welt zum Wohle der arbeitenden Menschheit umgebaut werden!

Die kapitalistischen Mächte aller Länder kennen nur ein Ziel: mit Hilfe der aus der Krise geborenen Not die Macht der Arbeiterschaft zu brechen, damit die geschichtliche Stunde der Neugestaltung der Gesellschaft ungenutzt vorübergehe. Im Bunde mit der Not die Arbeiterschaft zu verwirren, zu spalten, niederzudrücken — das ist die letzte Hoffnung der Kapitalisten in Deutschland, in England, in der ganzen Welt!

Genossen, Genossinnen! Kampf dem internationalen Kapitalismus, dem deutschen Kapitalismus!

Wir stellen unsere nächsten sozialistischen Kampfziele vor das ganze Volk:

- Staatsherrschaft über die Banken!
- Volksherrschaft über die Volkswirtschaft!
- Schutz der Arbeiter und der Krisenopfer vor Not, Hunger und Kälte!

Nieder mit der politischen und der wirtschaftlichen Macht der herrschenden über die Schwerindustrie! Nieder mit der Macht der Finanzkapitalisten! Nieder mit der Macht der Großgrundbesitzer! Bahn frei für den wahren Willen des Volkes!

- Werbt alle für unsere Ziele.
- Tragt sie ins Volk.
- Reißt die Zögernden und die Irrenden an uns heran.

Gegen uns steht die verbündete Reaktion, stehen die Wirtschaftsverbände der Unternehmer. Sie wollen die Arbeiterschaft zurückwerfen in das Zeitalter des Frühkapitalismus. Gegen uns stehen die Söldlinge des Kapitalismus mit dem Hakenkreuz, stehen die bolschewistischen Spalter und Verbrecher an der Arbeiterbewegung. Die Feinde bereuen uns von allen Seiten.

- Stärkt unsere Macht!
- Werbt für die Partei!
- Ein Wille — eine Partei — eine Macht!

Der Kapitalismus ist zum Fluch für die Menschen geworden! Der Sozialismus wird der Menschheit zum Segen werden!

Berlin, den 2. Oktober 1931. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin kein Boden für Spalter!

Einmütiger Beschluß der Vorstandskonferenz.

An die 400 Berliner Abteilungsvorsitzende und Frauenleiterinnen waren gestern Abend dem Rufe des Bezirksvorstandes gefolgt, um zu den Spaltungsvorgängen Stellung zu nehmen. Sie hörten zunächst ein Referat des Genossen Franz Künstler, in dem die Vorgeschichte der Aufspaltung dokumentarisch und eingehend dargelegt wurde. Die Stimmung der überwältigenden Mehrheit der Versammelten kam schon während des Referats durch Beifallskundgebungen und Zwischenrufe eindeutig zum Ausdruck: so bedauerlich diese Vorkommnisse vom Standpunkt der gesamten Arbeiterbewegung auch sind, zumal in der gegenwärtigen kritischen Zeit, es kann den Parteinstanzen höchsten der Vorwurf gemacht werden, daß sie so lange der zerfallenden Tätigkeit der Sonderbündler zusehen haben, ehe sie eingegriffen haben. Noch länger sie gewähren zu lassen und ihren Loyalitätsversicherungen Glauben zu schenken, deren Unaufrichtigkeit inzwischen nachgewiesen worden ist, hätte sich nur zum Schaden der Partei ausgewirkt.

In der Diskussion bemühten sich einzelne Redner, die nur bei einem kleinen Teil der Versammlung Anklang fanden, die Aufspaltung durch wachsende Mißstimmung über die Tolerierung des Kabinetts Brüning und durch ungenügende Bewegungsfreiheit für die Opposition zu erklären; aber auch diese Genossen rückten deutlich von dem Spaltungsschritt der Rosenfeld und Seydewitz ab. Die Ausführungen anderer Redner, namentlich der Genossen Harnisch und Crispian, die das Vorgehen der Spalter vorbehaltlos verurteilten, fanden hingegen stürmischen Beifall.

Wir fordern Bekenntnis und Treue zum Sozialismus. Wir fordern Treue zur Partei.

Wir fordern Disziplin vorm Feind

Wir werben und kämpfen — uns hemmt weder der Feind, noch die politische Selbstmordtaktik von Abkrännigen, deren Glaube die Feuerprobe nicht bestanden hat.

In dieser Zeit, wo wir vor Entscheidungen und Aktionen von geschichtlicher Bedeutung stehen, wo wir mehr denn je einer eisernen Geschlossenheit und Entschlossenheit bedürfen, glauben einige Verblendete, in der Sozialdemokratie eine Sonderorganisation für ihre eigenen Bestrebungen errichten zu können.

Die Partei hat sie abgeschüttelt.
Die Arbeiter haben weder Zeit noch Lust für sektiererische Eigenbrötleien.

Wer seine Besserwisserei und Rechthaberei höher stellt als die Notwendigkeit einer einzigen Front der Arbeiter gegen den Kapitalismus, der ist nicht berufen, mit den Arbeitern zu kämpfen oder gar sie zu führen.

Genossen, Genossinnen!

Fort mit allen, die sich gegen unsere Einheit und Geschlossenheit erheben wollen, die uns schwächen wollen in der Stunde der Not und Gefahr. Sie haben weder die Größe der Stunde noch die Mission der Sozialdemokratie begriffen.

Fort mit allen Spaltern!

Antwortet ihnen durch verstärkte Hingabe an den Werbestreik für die Partei, an die Mobilisierung der arbeitenden Massen für den Sozialismus.

Wir sind eine Million Parteimitglieder, eine Million Werber. Ruft es millionenfach ins Volk:

Gibt der Sozialdemokratie Macht zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems!

Vorwärts mit verdoppelter Kraft! Jede Kampfanfrage unserer Gegner, jeder Versuch, uns zu hemmen, häßt unsere Energie. Vor uns steht die weltgeschichtliche Aufgabe der sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft.

Die Resolution des Bezirksvorstandes wurde einstimmig angenommen; auf ausdrückliche Aufforderung meldete sich nur ein einziger Genosse, um seine Stimmhaltung bekanntzugeben; kein einziger, auch nicht unter den bisherigen Freunden Seydewitz und Rosenfelds, stimmte gegen deren Beurteilung.

Es kann nach dem Verlauf dieser Tagung kein Zweifel daran sein, daß die Berliner Mitgliedschaft unbedingt treu zur Partei steht: die Abteilungsvorsitzenden, von den Mitgliedern alljährlich gewählt, widerspiegeln die Stimmung der Masse der Organisierten, die bekanntlich in Berlin der Parteitaktik vielfach kritisch gegenüberstehen. Wenn die Sonderbündler daraus schließen zu können glaubten; daß sie in Berlin Anklang finden würden, haben sie sich gründlich getäuscht: an die Einheit der Partei, an das Wert von Nürnberg lassen die Berliner Parteigenossen nicht rütteln!

Die deutsch-französische Zusammenarbeit Tarnow und Eggert vom AOSB. werden in den Ausschuss berufen.

Die Regierung hat beschloffen, 6 Arbeitnehmervertreter in den Ausschuss für die deutsch-französische Zusammenarbeit zu berufen. Die 6 Delegierten der Arbeitnehmerschaft sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich auflösen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den 6 Vertretern der Arbeitnehmerschaft hat der AOSB. 2 zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend werden Willi Eggert und Fritj Tarnow dazu bestimmt.

Politik und Bildung.

Zur Jubiläumstagung des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit.

Von Alexander Stein.

Heute tritt in Berlin die alljährlich stattfindende Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse der Partei zu einer Arbeitstagung zusammen. Diese Konferenz bildet den Auftakt zu der heute Abend im ehemaligen Herrenhause stattfindenden Jubiläumsfeier des Reichsausschusses, die dem Thema „Politik und Bildung“ gewidmet ist. Den Abschluß bildet am Sonntag vormittag eine künstlerische Feiertunde in der Volkshöhle, in der u. a. das Chorwerk von Heinz Tieffen „Der Aufmarsch“ zur Uraufführung gelangt. Zwischendurch finden am Sonnabend noch Besprechungen mit Vertretern ausländischer Parteibildungsorganisationen statt, die einen engeren Zusammenschluß der sozialistischen Bildungsarbeit auf internationaler Grundlage zur Aufgabe haben.

Es ist keine Feier im üblichen Sinne, die jetzt abgehalten wird. Die Zeiten sind zu ernst, um jetzt Feste zu feiern, möge ihr Anlaß noch so wichtig für die Arbeiterbewegung sein. Auch die jetzt in Berlin abgehaltene Tagung ist von Anfang bis zu Ende der praktischen Arbeit, dem großen Kampf der Arbeiterklasse gewidmet. Im Mittelpunkt der Reichskonferenz der Bildungsausschüsse steht die Frage der Erwerbslosenschulung; die brennendste, dringendste Frage der Parteibildungsarbeit in der gegenwärtigen Notzeit. Gegenstand der Jubiläumstagung am Abend ist wiederum die Erörterung des Problems, wie die sozialistische Bildungsarbeit für den politischen Kampf der Arbeiterklasse nutzbar gemacht werden kann. Verbunden mit einem Rückblick auf die Parteibildungsarbeit der letzten fünf und zwanzig Jahre bietet diese Aussprache Gelegenheit, nicht nur den gewaltigen Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung in dem letzten Jahrzehnt aufzuzeigen, sondern gleichzeitig auch Richtlinien für die praktische Gegenwart und Ausblicke in die Zukunft zu geben.

Es sind genau 25 Jahre vergangen, seit auf dem Monheimer Parteitag 1906 nach Referaten von Klara Zetkin und Heinrich Schulz der Zentralbildungsausschuss der Partei gegründet und die programmatische Grundlage für die Parteibildungsarbeit geschaffen wurde. Die Leitung dieser Arbeit übernahm Heinrich Schulz, der heute als Vorsitzender des Reichsausschusses und des Sozialistischen Kulturbundes auf ein Vierteljahrhundert fruchtbringender Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbildung zurückblicken kann. Die Arbeit, die in diesen Jahren, anschließend an die schon früher in der deutschen Arbeiterbewegung geleistete Bildungsarbeit von tausenden Bildungsfunktionären in Stadt und Land vollbracht wurde, kann in Zahlen nicht ausgedrückt werden. Es ist aber keine Uebertreibung, wenn wir sagen, daß diese intensive, planmäßig durchgeführte sozialistische Bildungsarbeit einer der wichtigsten Faktoren war, die der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur zur starken inneren Geschlossenheit, sondern auch zur geistigen Führung in der Internationale verhalfen.

Krieg und Nachkriegswirren sind über diese aufbauende Arbeit hinweggebraust, ohne ihre Fundamente erschüttern zu können. Im Gegenteil: je stärker die Widerstände waren, die man überwinden mußte, je größer die Opfer, die Krieg und Inflation, Spaltung und politische Verrohung der schöpferischen geistigen Arbeit auferlegten, desto intensiver wurde der Wille, der kämpfenden Arbeiterklasse jenes geistige Rüstzeug zu liefern, dessen sie im übermenschlichen Ringen mit einer Welt von Feinden bedurfte. Hier galt es in erster Linie, nicht nur das geistige Erbe der Vergangenheit, die Lehren von Marx und Engels zu verwalten, sondern dieses geistige Gut sinngemäß anzuwenden, um die Probleme der Gegenwart meistern zu können. Es galt, neben der Festigung der sozialistischen Erkenntnis den Blick zu schärfen für die großen Wandlungen in Politik und Wirtschaft, die sich in rasendem Tempo vor unseren Augen abspielten. Das Ziel blieb dasselbe wie in den Jahren ruhigeren Wachstums vor dem Kriege: Ausrüstung für die Gegenwart, Aufrüstung für die Zukunft! Bis die Formen und Methoden wandeln sich in der Nachkriegszeit, entsprechend den Wandlungen, die Staat, Wirtschaft und Arbeiterbewegung in diesen Jahren durchgemacht haben.

Um den neuen Aufgaben gerecht zu werden, mußte die Arbeiterbildung, unter sorgfältiger Konzentration auf das praktisch Notwendige und Durchführbare, politische Wirklich-

leitsnähe mit Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis verbinden. Nicht nur nackte Tatsachenermittlung, Aufklärung über die Verhältnisse der politischen und wirtschaftlichen Umwelt, sondern Durchleuchtung dieser Umwelt unter dem Gesichtspunkt sozialistischer Kritik, Zusammenfassung der neu gewonnenen Erkenntnis zu einem neuen Weltbild, zu einem neuen schöpferischen Willen. Tausende und aber Tausende neuer Kämpfer, Männer und Frauen, alte und junge, waren in den Jahren nach dem Kriege in die Arbeiterbewegung hineingeströmt. Der stürmische Umschichtungsprozess in der Gesellschaft stößt täglich neue Scharen desklassierter Bürger und Kleinbürger in die Reihen des Proletariats hinab. Angestellten- und Beamtenklassen, die sich früher hochmütig von der Politik fernhielten, werden jetzt in den Mahlstrom der Entwicklung hineingerissen, sind auf der Suche nach neuen Wertungen, neuen Weltanschauungen, neuen Wegen der Entwicklung. Ihnen allen kann nur durch grundsätzliche Aufklärung über die gesellschaftliche Umwelt und durch sozialistische Zielsetzung geholfen werden. Die Welt schreit nach Sozialismus — wenn sie sich auch heute noch vielfach antisozialistisch gebärdet. Und diesem Schrei nach Sozialismus muß nicht nur die gesamte praktische Politik der Partei und der Gewerkschaften — mag sie heute noch so sehr vom Abwehrkampf gegen den Faschismus beherrscht sein — sich unterordnen, ihm muß in der Hauptsache auch die Bildungsarbeit der Partei dienen, deren Aufgabe es ist, durch Klärung des Bewußtseins, Vertiefung der

Erkenntnis und Verbreitung praktisch notwendigen Wissens jener Scharen von Kämpfern zu erziehen, die fest und treu zur Fahne der Partei und des Sozialismus stehen.

Es wird neuerdings versucht, diese Festigkeit zu erschüttern, die Treue zur Partei zu unterhöhlen und eine Kluft zwischen Führern und Geführten aufzureißen. Denen, die das versuchen, sei ein Wort unseres Altmeisters Karl Kautsky ins Gedächtnis gerufen, das auch als Programm für unsere politische Bildungskraft bezeichnet werden kann:

„Der Führer wird um so besseres leisten, je mehr die Geführten ihm an Intelligenz, Sachkenntnis, Begeisterung, Kraft, nahe stehen. Er wird versagen, wenn nur bei ihm diese Qualitäten zu finden sind und bei den Geführten Dummheit, Unwissenheit, Gleichgültigkeit, Schwächlichkeit, vorherrschen. Nichts irriger, als zu glauben, daß der Führer um so höhere Leistungen erreiche, je mehr er seine Gefolgschaft überragt, das heißt, je weiter sie hinter ihm zurücksteht.“

Diesen Abstand zwischen Führern und Massen zu überwinden, ist mit eine der wichtigsten Aufgaben unserer Bildungsarbeit. Der Wille dazu ist da. An den Massen liegt es, die Möglichkeiten zu nutzen, die ihr von der Partei und den Gewerkschaften geboten werden. Theorie und Praxis, sozialistische Erkenntnis und nüchterne Abschätzung der Wirklichkeit müssen sich vereintigen, um jenen unüberwindlichen Block der Werttätigen zu schaffen, der das geistige Gut des Sozialismus in die Wirklichkeit umsetzen wird.

warnung mehr ausprechen. (Sehr richtig!) Von den ausgeschlossenen Genossen trennt uns eine Frage der Taktik, aber keine Frage des Grundzuges. Wenn die Sozialdemokratische Partei die Regierung Brüning nicht mehr toleriert, was bleibt denn noch für die neue Partei? Und wenn ihre Mitglieder dann eventuell zur SPD. gehen, dann werden sie erkennen, was Parteizucht ist. (Zustimmung.) Wer einer Partei angehört, gibt einen Teil seiner Persönlichkeit auf. Daher mußten sich die ausgeschlossenen Genossen dem Beschluß des Parteiausschusses fügen. Ich habe in Leipzig Sendewitz unterstützt, aber ich sage mit Leon: „Ich habe von Spaltung genug.“ Ueber alle taktischen Differenzen steht die Einigkeit der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Bitte teilte hierauf mit, daß der Abgeordnete Sie mefen nach Mitteilungen der Abendpresse erklärt hat, daß er nach wie vor Mitglied der SPD. sei. Die Sonderbündler hätten ihn ohne Befragen bei der Reichstagsfraktion abgemeldet:

Crispian:

Der Parteivorstand hat keine Möglichkeit, auf die Anstellung der Redakteure einzuwirken. Die Genossen der einzelnen Orte wählen ihre Redakteure ohne Rücksicht auf den Parteivorstand. Ich bedaure, daß ich immer wieder die Ansicht zurückweisen muß, daß Parteiausschuss und Parteivorstand einen Schlag gegen die Meinungsfreiheit geführt hätten. Wir haben der Meinungsfreiheit nie Fesseln angelegt. Die Genossen konnten schreiben und reden, was sie wollten. Wir haben nichts gegen den „Klassenkampf“, lange Zeit nichts gegen die „Jungsozialistischen Blätter“, die die Spaltung vorbereitet haben, gehabt. Auch im Fall Sendewitz haben wir bis zum letzten gemartet und gezögert. Wir haben ihn und seine Freunde wissen lassen, daß wir bereit sind zur Verständigung. Das ist abgelehnt worden.

Wer ein eigenes Blatt gründet, will gegen die Partei arbeiten. Wenn jede Gruppe ein eigenes Blatt aufmacht, dann sind wir am Ende der einheitlichen Bewegung.

Niemand kann wissen, was die nächsten Tage bringen werden. Wir wissen nicht, wie lange wir Brüning noch tolerieren können. Wir sind keine fanatischen Tolerierungspolitik. Aber man muß uns den guten Glauben zubilligen, wie wir auch den Gegnern unserer Politik den guten Glauben zubilligen. Wir haben durch unsere Politik sicherlich die Butschersuche der Faschisten verhindert. Vergeht das eine nicht, daß wir verantwortlich sind für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse. Darum müssen wir fordern, daß jedes Mitglied treu zur Partei steht, daß jeder sich fühlt als Mitglied einer großen Bewegung. (Beifall.)

Cepinski: Das größte Unglück dieser Parteispaltung besteht darin, daß wertvolle Kräfte der Partei ohne Nutzen für die Arbeiterschaft verloren gehen. Die Fülle der Spannungen innerhalb der Partei zeigt doch, daß das eine ernste Warnung ist. Dadurch, daß ein Teil der Genossen aus der Partei ausgeschlossen wurde, sind diese Spannungen nicht beseitigt. Ich glaube nicht, daß die neue Partei so gut vorbereitet wurde, denn sonst würde die Opposition nicht so auseinanderlaufen. Das Wichtigste ist, daß die Spannungen innerhalb der Partei gelöst werden. Die „Fadel“ konnte nur deshalb Anhang finden, weil es kein Berliner Organ gibt. Es hat an Initiative zur Gründung eines solchen Organs gefehlt. Oppositionelle Genossen mußten in den Blättern der Partei überall zu Worte kommen.

Gurski: Die Meinungsfreiheit ist in der Partei niemals eingeengt worden. So etwa wie Dora Fabian es wünschte, geht es nicht. Es ist unmöglich, daß man die Jugend allein in die Parlamente schickt und die älteren Genossen die Parteiarbeit machen. Man muß die führenden Leute der Partei gegen Angriffe verteidigen. Erstlichkeit gegen die Partei setzt voraus, daß Genossen ihre Mandate zur Verfügung stellen, wenn sie nicht mehr der Partei angehören. Der Redner fordert schließlich, daß die Partei mehr als bisher auf dem Lande agitiere.

Hermes: Es steht fest, daß die Werbung für die Partei sehr schwierig ist. Wir müssen dafür sorgen, daß den Arbeitern in den Betrieben die Haltung der Partei verständlich erscheint.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Nach einem kurzen Schlusswort Künstlers wurde folgende

Entschließung

unter ungeheurer Beifall bei einer Stimmhaltung angenommen:

Die Vorstandskonferenz des Bezirksverbandes Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mißbilligt die Sonderbestrebungen, die zur Gründung einer neuen Partei führten. Diese neue Partei spaltet und schwächt die deutsche Arbeiterbewegung in einer Zeit, in der Einigkeit und Geschlossenheit das Gebot der Stunde ist.

Die Vorstandskonferenz fordert alle Genossinnen und Genossen auf, treu zur Sozialdemokratischen Partei zu stehen und die Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus um die rote Fahne der Sozialdemokratie zu sammeln. Nur auf diesem Wege kann die arbeitende Klasse den Kampf gegen die sozialreaktionären Pläne der Unternehmer und der bürgerlichen Parteien erfolgreich führen.

Parteimitglieder, die trotz des Beschlusses vom 22. September 1931 Funktionen für die „Freie Verlagsgesellschaft“ ausüben, sind dem Bezirksvorstand namhaft zu machen und, soweit sie Funktionäre sind, durch die Kreisvorstände ihres Amtes zu entheben.

Mitteilung.

Die „Fadel“ bringt in ihrer Ausgabe vom 2. Oktober d. J. einen Aufruf an die ehemaligen Mitglieder der Jungsozialistischen Vereinigung, der unterzeichnet ist von Erich Breitbach, Dr. Dora Fabian, Willy Kechmann, Frh. Levi und Hans Seigewasser.

In der gleichen Nummer der „Fadel“ haben sich folgende Parteimitglieder zur Aufnahme von Solidaritätserklärungen bereit erklärt:

Hans Steinik, Georg Pandura, August Kojinski, Kurt Barth, Richard Siegert, Michael Friedenthal, Erich Gau, Hilde Seigewasser, Günther Reil, Richard Engler, Johannes Kunkel, Erwin Horlemann, Erich Domke, Hermann Schulz, Nathan Klein, Erwin Jannich, Kurt Mallig.

Ferner Max Belger, der die Quartiervermittlung für die Konferenz zur Gründung einer neuen Partei übernommen hat.

Diese Unterschriften stellen sich damit selbst außerhalb der Partei.

Berlin, den 2. Oktober 1931.

Der Bezirksvorstand.

Berlin gegen die Spalter.

Einmütiger Beschluß der Vorstandskonferenz.

Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses tagte gestern eine Ableitungskonferenz der Berliner Parteiorganisation, die sich mit den letzten Vorgängen innerhalb der Partei und der Gründung einer neuen Parteiorganisation beschäftigte.

Genosse Künstler

angezeichnet die Lage der Partei. Es hat den Anschein, daß auch für die Deutsche Arbeiterbewegung die weitgeschichtliche Erfahrung gelte, daß von einer gewissen Größe ab die Gefahr der Spaltung akut werde. Diese Gefahr tritt in einem Augenblick ein, da der Kapitalismus selbst bedroht erscheint und die Faschisten zum Angriff rüsten. (Sehr richtig!) Die Anhänger der Konterrevolution finden sich und die Arbeiter sind uneinig und betämpfen sich. Niemals aber darf aus Differenzen innerhalb der Partei das Recht hergeleitet werden zur Spaltung und zur Gründung einer neuen Partei. (Sehr richtig!) Keine Meinungsverschiedenheit ist so groß, daß der Bund, der vor neun Jahren in Nürnberg geschlossen wurde, erschüttert werden dürfte. (Zustimmung.) Solange ich an der Spitze der Berliner Parteiorganisation stehe, werde ich mich jeder Spaltung widersetzen. Bei dieser Haltung wird auch der bewährteste Schritt von Sendewitz und Rosenfeld keine Erfolgswahrscheinlichkeit finden. Im Sommer dieses Jahres haben Sendewitz, Rosenfeld und Sträbel einen Mahnruf an die Partei gerichtet und aufgefordert, ihn durch Unterschriften zu unterstützen. Der Parteiausschuss, der sich mit der Angelegenheit befahte, mißbilligte diesen Schritt. Die Herausgeber des „Klassenkampfes“ waren die Verfasser des Mahnrufes. Es muß festgelegt werden, daß die Verlagsgesellschaft, die den „Klassenkampf“ herausgibt, eine Erklärung herausbrachte, nach der sie die Verantwortung für den Mahnruf ablehne. Hinter dieser Erklärung standen die früheren Reichstagsabgeordneten Otto Braß und Oskar Cohn, die bestimmt nicht „reformistisch“ sind. Am 26. Juli fand in Hagen eine Konferenz statt, in der die Politik der Partei verurteilt und zum Eintritt in die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ aufgefordert wurde. Am 4. September nahm der Parteivorstand Stellung zu den Treiberkreisen in der „Friedensgesellschaft“, die der Reichstagsabgeordnete Dietrich Thüringen bereits verlassen hatte. Der Parteivorstand erklärte die Mitgliedschaft in dieser Gesellschaft für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei.

Während wir im Kampf gegen den Volksentscheid standen, schrieb die von Walter Fabian in Dresden herausgebrachte Korrespondenz „Sozialistische Information“, daß die Berliner Polizei auf Veranlassung der Berliner Parteigenossen die Erwerblosen provozieren. Diese unglaubliche Behauptung fand natürlich den Weg in die kommunistische Presse, die für den schwarzweihroten Volksentscheid Reklame machen mußte.

Die Verlagsgesellschaft, die die „Fadel“ herausbringt, ist am 23. September 1930 mit 20 000 Mark Kapital gegründet worden. Als Gründer werden Sendewitz und Rosenfeld genannt. Die Handelskammer prüfte die Gesellschaft und der Registerrichter beanstandete den Firmennamen: „Sozialistische Büchergemeinschaft G. m. b. H.“ Daraufhin wurde am 27. März 1931 die „Freie Verlagsgesellschaft G. m. b. H.“ in Berlin-Tempelhof, Hohenzollernstraße 67, in das Handelsregister eingetragen. Sie gibt die „Fadel“ heraus, deren Hauptmitarbeiter der Chefredakteur eines Parteiblattes, Max Sendewitz, war. Es ist auf das schärfste abzulehnen, daß in der jetzigen Zeit, in der die Parteipresse in schwerstem Kampfe steht, ihr durch einen von der Arbeiterschaft bezahlten Genossen Konkurrenz gemacht wird.

Sendewitz kann keine sachlichen Gründe dafür erbringen, daß die Meinungsfreiheit gefährdet wäre, denn in den 11 Jahren, in denen Sendewitz Chefredakteur war, hat der Parteivorstand gegen seine Schreibweise niemals eingegriffen.

Sendewitz und Genossen hatten die Absicht, die Organe der Partei für ihre Zwecke auszunutzen. Man ist an die Werber der von der Partei gegründeten „Inseraten-Union“ herangetreten und hat sie zur Untreue gegen die „Inseraten-Union“ aufgefordert. Sie sollten in erster Linie für die „Fadel“ werben. Es wäre in jeder Hinsicht besser gewesen, wenn Sendewitz und Genossen offen ihre Spaltungsabsichten zugegeben hätten. (Zustimmung.) Bedinglich Sträbel hat bereits drei Tage vor der entscheidenden Parteivorstandssitzung ganz offen die Spaltungsabsichten zugegeben und es abgelehnt, sich zum Wärtiger stempeln zu lassen.

An dem Tage, an dem der Parteivorstand den Ausschluß beschloß, wurde mit Rosenfeld ein Telefongespräch geführt, in dem er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß eine neue Partei, die „Sozialistische Arbeiterpartei“, gegründet werde und daß eine eigene Tageszeitung herausgebracht werden solle.

Rosenfeld leugnete das entschieden ab.

Und trotzdem war alles zur Gründung der neuen Partei vorbereitet. Ueber diese Vorgänge war die Redaktion des bürgerlichen „Berliner Tageblatts“ eher unterrichtet, als die eigenen Genossen. Gestern wurde im Rundfunk bekanntgegeben, daß am 4. Oktober die Gründung der neuen Partei, der „Sozialistischen Arbeiterpartei“, beschlossen wurde.

Es ist interessant, daß Sendewitz von seinen eigenen Freunden vor seinem Schritt gewarnt worden ist und daß viele seiner engsten Mitarbeiter über seine letzten Absichten nicht unterrichtet waren. Poul Franke, einer seiner engsten Freunde, lehnte es heute energisch ab, mit ihm durch die und dünn zu gehen.

Die „Fadel“ bringt in ihrer heutigen Nummer einen Aufruf an die ehemaligen Jungsozialisten, der zur Solidarität mit der Sendewitz-Gruppe auffordert. Der Aufruf ist u. a. von Erich Breitbach, Dora Fabian und Hans Seigewasser unterzeichnet.

Seit langem ist die Gründung der neuen Partei beschlossen gewesen. Das ist durch viele Rundschreiben bewiesen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Breslau hat schon vor Monaten das Abschreiben der Mitgliederkartei veranlaßt. Interessant ist, daß diese Vorarbeiten zum Teil in Gemeinschaft mit Mitgliedern der Brandler-Gruppe durchgeführt wurden.

Der Redner kennzeichnet dann die Rolle, die der frühere Genosse Jakob Heinen gespielt hat, der bereits während der Volksentscheidpropaganda die sozialistischen Arbeiter aufforderte, für den Volksentscheid zu stimmen. Heute ist Heinen das Paradepony der Kommunisten, aber in einem Brief an die „Vorwärts“-Redaktion hatte er sich vor einiger Zeit entschieden gegen die SPD. ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß er glücklich wäre, wenn alle Arbeiter der Sozialdemokratie angehören würden. Wir gratulieren der SPD. zu dieser neuesten Errungenschaft.

Unter allgemeiner Heiterkeit teilte Künstler mit, daß die SPD. einzelnen unserer Parteigenossen unaufgefordert kommunistische Mitgliedsbücher ins Haus schickte, die bereits mit drei Beitragsmarken besetzt waren.

Die SPD. kann nicht von außen gesprengt werden. Heute handelt es sich nicht um die Frage der Tolerierung der Regierung Brüning, sondern um die innere Einheit der Partei. (Stürmischer Beifall.) Die neu gegründete Partei trägt von vornherein den Keim der Zerlegung in sich, denn die Kommunisten werden sich sofort mit ihr beschäftigen. In der heutigen Zeit der Konzentration gibt es kein Mittelband zwischen SPD. und SPD.

Ich halte es mit dem verstorbenen Genossen Paul Levi, der erklärte, daß er von Spaltung genug habe und daß es ein Verhängnis vom Standpunkt des Klassenkampfes war, daß der 9. November 1918 keine einheitliche Arbeiterschaft vorfand. Darum geht uns heute die Partei über alles. (Stürmischer Beifall.)

Discussion

sprach zunächst Günther-Neußölln, der seine Stellung zu Sendewitz festlegte. Er sei ein Gegner der Tolerierung Brünings, aber er lehne die Spaltung der Partei ab. Die Tatsache, daß im Beschluß des Parteiausschusses mit keinem Wort auf die Parteilinie eingegangen wird, ist eine glatte Abgabe an die Linke innerhalb der Partei. (Lebhafte Widerspruch.) Die Tolerierung der Regierung Brüning kann den Aufstieg des Faschismus nicht verhindern. Es sei nur an Hamburg erinnert. Mit keinem Worte nimmt der „Vorwärts“ gegen die Notverordnung Brünings kritische Stellung. Wir werden nicht aufhören, gegen die Brüning-Politik zu kämpfen. (Beifall.)

Cahn-Neußölln: Unser Bekenntnis zur Partei entspringt der Auffassung, daß nur auf dem Boden der Sozialdemokratie für den Sozialismus gewirkt werden kann. Aber der Boden der Partei ist uns für diese Wirksamkeit zu eng. Der politische Einfluß des Parteivorstandes auf die Zeitungen ist zu groß geworden. Die Parteileitung muß dafür sorgen, daß die Meinung der Parteigenossen zum Ausdruck kommt. Der „Vorwärts“ mußte eine Haltung einnehmen, die der Ansicht der Parteigenossen entspricht. Nur innerhalb der Partei kann man für den revolutionären Sozialismus wirken.

Harnisch-Neußölln: Nachdem Günther und Cahn Erklärungen gegeben haben, daß sie treu zur Partei stehen, erübrigt sich ein Eingehen auf ihre Ausführungen. Die heutige Lage der Partei erwächst aus der politischen Situation. Und daher

genügt es nicht, zu erklären, wir bleiben der Partei treu, aber wir billigen die Haltung der Ausgeschlossenen.

Harnisch gab einen knappen Ueberblick über die geschichtlichen Entwicklungen der Spaltung. Der Parteiausschuss konnte keine Wer-

Hochwasser an der Oder. Schwer gefährdete Gebiete.

Die Oder, der deutsche Steppenstrom, ist Schicksalsstrom für ungezählte Tausende. In diesen Tagen blicken wieder bange Augen forschend und unruhig auf den Fluss und beobachten seinen Wasserstand. Wenn der Nordwest über das Land jagt, dann braut er im Quellgebiet der Oder Unheil und bereitet Katastrophen vor, deren Ausmaß niemand zu übersehen vermag. Dann beginnen die kleinen Gebirgsbäche schneller zu fließen, dann schwellen sie und steigen, und schließlich brausen sie mit ungeheurer Wucht dahin, stürzen zu Tal als reißende, alles auf ihrem Wege vernichtende Wasser und vereinigen sich im Bett der Oder. Dazu kommen noch die Wassermengen der Nebenflüsse, insbesondere die der Lausitzer Reihe, des Bober, der Gläzer Reihe, der Oppa und der Ostrowitzka. Dann gilt der erste Blick in die Zeitung den Wasserstands-nachrichten, dann werden die Schiffer und die Uferbewohner ungeduldig, wenn der Deutschlandfender den Wasserstand vom vergangenen Tage meldet, der nicht mehr interessiert, da die Flut ständig steigt.

Die weit in den Strom hinausgebauten Buhnen, die den Fluss vertiefen sollen, indem sie die Fahrstraße einengen, verschwinden unter dem gurgelnden Strom und bilden gefährliche Unterwasserklippen, die im Gebiet der Donau als „Kachlets“ bezeichnet werden. Bald stehen Bäume und Sträucher mitten im Wasser, das brausend und unaufhaltsam weiterströmt. Dann erinnern sich die Bewohner an die Dammbüchse in vergangenen Jahren, und die Deichmeister fühlen die Schwere ihrer Verantwortung.

In diesen Tagen gab es an der Oder keinen Sonntag und keinen Feiertag. Alle Hände waren beschäftigt, das Heu zu bergen, das letzte Gras zu mähen, Feld- und Gartenfrüchte hereinzuholen und die gefährdeten Häuser zu räumen, solange es noch Zeit war, um armseliges und doch kostbares Gut vor der Vernichtung zu schützen. Von allen Lippen hört man Klagen und Flüche. Sie klagen dem Oberstrom, der in diesen Tagen zu ihrem Todfeind wird, und niemand versteht, daß es unmöglich sein soll, durch energische Maßnahmen künftigen Unheil wirksam zu begegnen.

Man fordert den Bau von Staubecken im Gebirge.

Man wünscht, daß der Donau-Oder-Kanal in Angriff genommen werde, durch eine Verbindung von der Ostsee zum Schwarzen Meer geschaffen würde. Man erinnert daran, daß bei Wellendorf ein Stauecken und bei Ratiborhammer, das jetzt wie eine Insel aus den Fluten herausragt, ein Staubecken errichtet werden sollte. Viele sind mit der Regierung unzufrieden, denn Jahr um Jahr werden ungeheure Werte vernichtet. Man darf mit diesen Leuten, denen die Not an der Gurgel sitzt, nicht rechten. Es wäre sicherlich richtig, einen großzügigen Plan zur Sicherung der Oder und damit zur Verminderung oder doch zur Milderung der Ueberschwemmungen aufzustellen und im Laufe der Jahre systematisch durchzuführen. Leider ist das eine Frage, über die Berlin nicht allein zu entscheiden hat, sondern die international geregelt werden muß. Allerdings gibt es Fachleute, die behaupten, daß der Mensch den Witterungseinflüssen, die das Hochwasser erzeugen, machtlos gegenüberstehe. Es müßten in allen Haupt- und Nebentälern des Flußgebietes Sperrmauern gebaut werden, deren Gesamtlänge geradezu phantastisch sei. Man hat berechnet, daß zum Beispiel

für eine ausreichende Speicherung der Hochwassermengen des Rheins Sperrmauern in einer Länge von 790 Kilometern gebaut werden müßten, was einer Entfernung von Konstanz bis Ruhrort gleich käme. Wirtschaftlich wäre der Bau von solchen Sperrmauern, industriell gesehen, nicht, da die Staubecken den größten

Teil des Jahres über leerstehen müßten. Diese Rechnung ist privatwirtschaftlich richtig. Volkswirtschaftlich aber ist sie falsch, da der Bau von Staueanlagen die Vernichtung großer Werte verhindert und die Aufrechterhaltung der Schifffahrt, mit Ausnahme der Winterzeit, unter allen Umständen gewährleistet.



Hochwasser bei Crossen.

Nach den letzten Messungen aus Breslau ist der Wasserstand der Oder wieder gefallen. Die Wetterlage hat sich wesentlich gebessert. Aber trotzdem bleibt die Furcht vor dem Ungewissen, die Angst vor der Katastrophe und leider auch ein Gefühl der Verbitterung.

Am Rande des Todes.

Wie eine Familientragödie verhindert wurde.

Durch die Aufmerksamkeit von Hausbewohnern wurde gestern nachmittag im Hause Sachsendamm 37 in Schöneberg eine Familientragödie im letzten Augenblick verhindert.

Seit langem ist der 36 Jahre alte Buchdrucker Otto Sch. arbeitslos. Mit seiner Frau und seinen drei kleinen Kindern litt Sch. unter größten Entbehrungen. Als alle Versuche, Arbeit zu erhalten, mißlingen, reifte in dem Verzweifelten der Entschluß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Gestern nachmittag schickte das Ehepaar die Kinder unter einem Vorwand fort, und dann drehten die Verzweifelten die Gasähne auf. Als sich auf dem Treppenhof starker Wasserdampf bemerkbar machte, alarmierten Hausbewohner die Feuerwehr. Die Beamten fanden Sch. und seine Frau bewußtlos auf.

Nach langwierigen Wiederbelebungsversuchen gelang es, beide ins Leben zurückzurufen. Ihr Zustand war indes so bedenklich, daß sie ins Schöneberger Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Preußen begnadigt einen Mörder.

Der Bädner Friedrich Wilhelm Kage aus Ferchefar, der am 3. März 1931 vom Potsdamer Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilt worden war, ist zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt worden. Der Ehrverlust wurde auf die Dauer von zehn Jahren ausgesprochen.

Wieder schwerer Raubüberfall.

Räuber im Mietbüro — 3000 Mark erbeutet.

In das Mietbüro eines Häuserbaublocks in Weikensee drangen gestern zwei bewaffnete Männer ein und erbeuteten mit vorgehaltenen Pistolen rund dreitausend Mark vereinnahmte Mietgelder.

Der Häuserbaublock an der Gustav-Adolf-Straße steht unter Zwangsverwaltung und heute vormittag sollten an den Zwangsverwalter Richter die Mieten abgeführt werden. Richter hatte sich in dem Zimmer einer leeren Wohnung ein provisorisches Büro eingerichtet. Bei der Mieteneinnahme und bei der Abrechnung waren Richter ein Angestellter und der Pförtner behilflich. Als gegen 12 Uhr der größte Teil der Mieter bereits erschienen war und die Mieten abgeführt hatten,

kürzten plötzlich zwei Männer mit vorgehaltenen Pistolen in den Raum und riefen „Hände hoch!“

Ehe sich der Zwangsverwalter und seine beiden Gehilfen vom ersten Schrecken erholt hatten, war einer der Täter auf den Tisch gesprungen und hatte eine Kassetten an sich gerissen, in der sich 3000 M. befanden. Einer der Burken rief seinem Komplizen noch zu: „Paul, vergiß die Scheine nicht.“ Dann liefen beide ins Freie, schwenkten sich auf Fahrräder und flüchteten querfeldein in Richtung Heinersdorf. Die Ueberfallenen versuchten die Verfolgung der Räuber aufzunehmen, mußten aber bald davon ablassen, da die Täter einen zu großen Vorsprung erreicht hatten und bald außer Schussweite waren.

Der ganze Ueberfall hatte sich in wenigen Sekunden abgespielt, selber ist es nicht möglich, eine genaue Beschreibung der Täter zu geben. Mieter wollen zwei junge Burken beobachtet haben, die sich den ganzen Vormittag in der Umgebung der Gustav-Adolf-Straße umhertrieben. Zweifellos waren es die beiden Täter, die den geeigneten Augenblick abgewartet hatten, um den Ueberfall auszuführen. Das Alter der Banditen ist etwa 20 bis 25 Jahre. Einer von beiden trug einen blauen Regenmantel. Das eine Fahrrad war blau lackiert, das andere Rad fiel dadurch besonders auf, daß es fast ganz vernickelt war. Zweckdienliche Angaben, die zur Ergreifung der Täter führen und die streng vertraulich behandelt werden, sind an Kriminalkommissar Nebe, Polizeipräsident, Raubdezernat, Zimmer 83 (Anruf Berlin 0023), zu machen.

Keine Brotpreiserhöhung.

Das hätte uns auch noch gefehlt.

Die gestern im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Zweckverband Berliner Bäckermeister Groß-Berlin geführten Verhandlungen haben, wie amtlich mitgeteilt wird, zu dem Ergebnis geführt, daß eine Erhöhung des Berliner Brotpreises ab Montag nicht eintritt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die Bäckermeister hatten darauf hingewiesen, daß bei der erfolgten Erhöhung der Mehlpreise eine Brotpreiserhöhung auf 50 bzw. 51 Pfennig unerlässlich sei und daß vom Ministerium unbedingt eine Einwirkung auf die Mehlpreise gefordert werden müßte. Vom Ministerium wurde demgegenüber auf die schwerwiegenden Folgen einer Brotpreiserhöhung in einer Zeit der Lohnsenkungen hingewiesen und vom Zweckverband verlangt, von einer Erhöhung abzusehen.

Das fehlte noch gerade, daß der Brotpreis erhöht wird. Die Herren Bäcker- und auch die Herren Schlächtermeister sollten bedenken, daß die Bevölkerung ganz genau weiß, daß gerade sie vor, während und nach dem Kriege immer recht gut verdient haben. Heute kommt es darauf an, daß, wenn Millionen am Hungertuch nagen, die Gewerbetreibenden auch Opfer bringen müssen.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am Donnerstag, dem 1. Oktober, der langjährige „Vorwärts“-Abonnent, unser Parteigenosse Bohmann in Reinkensdorf-Df. Sommerstr. 12, mit seiner Ehefrau. Dem Jubelpaar wurden mannigfache Ehrungen zuteil.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Lili schwenkt die Sektflasche über seinen Kopf. „Und so taufe ich dich denn...“

„He, Sie...!“ Ein strammer Schupo ist auf der Bildfläche erschienen. Er zückt sein Notizbuch. „Ich muß Sie wegen ruhestörenden Lärm auffordern. Ziehen Sie sich an und kommen Sie mit auf die Wache!“

Lili wirkt in der Dunkelheit wie eine hell leuchtende Gipsfigur. „Aber Onkelchen...“ Sie versucht, den Schupo unter dem Kinn zu fassen.

„Rühren Sie mich nicht an, Frollein!“ Der Schupo tritt einen Schritt zurück.

„Das ist meine Braut!“ ereifert sich Bert.

„Desto schlimmer!“ Das Auge des Gesekes bleibt an Lilis mangelhafter Kleidung hängen. „Sie haben hier in den öffentlichen Anlagen Unzucht getrieben. Das ist verboten!“

„Das haben wir nicht! Wir wollten uns erschließen!“ widerspricht Bert aufgebracht über den schlimmen Verdacht.

„Das ist hier auch nicht gestattet! Also machen Sie sich fertig! Dak!“

„Herr Wachtmeister, stärken Sie sich erst mit einem Schluck Sekt. Sie sind unser Gast!“ fordert Bert mit einer einladenden Bewegung auf.

„Herrrr...!“ Sie machen sich strafbar. Das ist Bestechung einer Amtsperson.“

Bert stemmt die Fäuste gegen seine Schläfen. Herrgott, bin ich blau! Wenn der Kerl darauf besteht, daß wir mitgehen, sind wir morgen lächerlich, absolut lächerlich! Kein Regen kann uns rein waschen. „Nieder, guter Herr Wachtmeister“, sieht er, „verfehen Sie sich mal in unsere Lage. Die Dame ist aus anständiger Familie.“

Die Dame aus anständiger Familie versucht inzwischen, auf irgendeine Weise ihr Kleid über den Kopf zu ziehen. „Herr Wachtmeister“, dumpf kommen die Worte aus der Vermummung hervor, „sein Sie kein Frosch!“

„Ich bitte mir einen anständigen Ton aus“, schnaubt der Unerbittliche.

Wo sind nur meine Schläpfer geblieben, grübelt Lili.

Die Schläpfer sind in diesem Augenblick der ruhende Pol in der Erscheinung. Sie sieht sich um, sie sucht nervös und mit der Verbohrtheit einer Alkoholbesessenen.

„Bert, du hast meine Schläpfer in die Tasche gesteckt. Ich hab's gesehen!“

„Quatsch doch nicht! Mach dich nicht zum Popanz“, zischt Bert in aufstodender Wut.

„Geben Sie der Dame augenblicklich die Hosen!“ Der Schupo rückt Bert auf den Leib.

„Himmel, ich hab ja gar keine angehabt. Verzeihung!“ entschuldigt sich Lili bei den Herren.

Was tue ich nur? Bert räumt seine Sachen zusammen. Wie zwei arme Sünder stehen die beiden vor dem Uniformierten. Bert sieht Lili an und Lili sieht Bert an. Am liebsten würden sie sich gegenseitig ohrfeigen.

„Sie können uns einfach nicht mitnehmen. Haben Sie doch Erbarmen!“ Lili hebt bittend die Hände.

Blöde Kuh, denkt Bert grimmig. Erbarmen! Was das für ein Ausdruck ist. Den wendet kein Mensch an. Den brauchen nur dumme, kleine Mädchen. „Sein Sie menschlich!“ wimmert er.

Hammel! erboft sich Lili. Was der sich unter menschlich vorstellt! Und wie er bibbert. Natürlich, der seine Name ist gefährdet. Und deswegen wollt' ich sterben! „Ich tus auch nie mehr!“ verspricht Lili mit einem bösen Blick auf Bert.

Der Schupo fühlt ein menschliches Rühren.

„Na, denn entferne dich man mit ner gewissen Geschwindigkeit!“ Er bleibt als Hüter der Ordnung auf dem Schauplatz des gestörten Selbstmordes zurück.

Bert und Lili gehen schweigend den einsamen Partweg entlang. Der Alkoholrausch ist verflogen. An der Straßenbiegung macht Lili halt. „Ich finde allein nach Haus!“ Kampfeslustig wirft sie den Kopf zurück. Der sollte es nur wagen, mich zu begleiten.

Bert denkt nicht daran. Erleichtert sagt er: „Komm gut heim!“ Er grüßt, dreht sich um und eilt davon.

Lili stampft mit dem Fuß auf. Ein feiner Junge! Gibt an wie 'n Herr und bringt mich in diese alberne Situation. Wenigstens hab' ich keinen Abschiedsbrief geschrieben. Dann wär' ich jetzt gezwungen, mich umzubringen. Sie geht mit großen Schritten über den Damm. An einem Eckhaus bleibt sie stehen und preßt ihr Gesicht gegen die kühle Mauer.

„Ich lebe!“ Sie hört den Klang ihrer Stimme. „Ach, ist das schön!“ Wie kann man nur sterben wollen? Unglaublich dumm haben wir uns benommen. Es war eine Katastrophe von Bert. Sie schlägt die Richtung zur Chaussee ein. Die Mai-

nacht ist kühl, und der Weg ist lang. Lili friert. Schnell schreitet sie vorwärts. Ich bin natürlich nicht gewöhnt, jetzt noch halb im Winter in der Hemd hose ohne Schläpfer herumzulaufen. Morgen hab' ich Schnupfen! Man kann sogar eine Lungenentzündung davon bekommen. An allem ist Herr Bert schuld, dieses Tränentier. Aber das ist augenblicklich gar nicht wichtig. Hauptsache: ich lebe!

Heiliger Bimbam, ich bin total blank, ich sage ohne einen Pfennig da. Wilma muß helfen, denn von Ruttel will ich nichts verlangen. Auf alle Fälle kann mir Ruttel aber fürs erste zehn Mark pumpen. Lili stapft durch die Dunkelheit. Sie geht denselben Weg wie vor einigen Tagen, als sie von Bert begleitet wurde. Hoffentlich sind' ich noch ein Paar halbwegs ganze Strümpfe. Die tramselidenen von heute haben stark gelitten.

Endlos lang dehnt sich der Weg. Lili ist müde zum Umfallen. Sie trottet automatisch dahin.

Gott sei Dank! Der Schlüssel wird ins Schloß gesteckt. Zu Hause!

Lili geht die Treppe herauf. Sie öffnet die Tür zur Wohnung. „Hier riecht es schon wieder nach Mief!“ sagt sie.

„Sie wollen mir doch nicht erzählen, daß die Sendung erkrankt ist. Herr Schaiat, ich war schon in der Branche tätig, als sie noch in den Windeln lagen.“ Heinrich Silvester tippt sich zur Bekräftigung dieser Behauptung mit dem Zeigefinger auf die Brust.

Alexander Schaiat, Vertreter Chemnitzer Strümpffabriken, ein gepflegter Mann mit Bauch und Doppelfinn, darf darauf nicht erwidern, wie er gern möchte. Kunde bleibt Kunde, und selbst ein renitenter Kunde muß in diesen schweren Zeiten mit Glacéhandschuhen angefaßt werden. Die Konkurrenz ist zu groß, und schließlich möchte gern jeder leben, und ein Vertreter lebt von der Position.

„Entschuldigen Sie, Herr Silvester, ich verstehe nicht, was Sie an der Ware auszuweisen haben. Der Strumpf ist prima Qualität.“ Herr Schaiat schnalzt mit den Fingern. „Wir stehen mit dem Preis konkurrenzlos da.“

„Schön. Geb ich zu. Darum geht es auch nicht.“ Heinrich Silvester seht die Brille auf und prüft genau das Gewebe. „Aber die Farben fallen schlecht aus. Ich bestellte bei Ihnen rotbraun, und Sie liefern mir ein helles, undefinierbares Braun. Und sehen Sie, hier oben ist der Strumpf viel zu weit. Keine Kunden haben keine Riesenwaden.“

(Fortsetzung folgt.)

Dynamitanschlag auf Zechenbahn.

Recklinghausen, den 2. Oktober.

Wie die Pressestelle beim Polizeipräsidenten Recklinghausen mitteilt, haben am Freitag früh gegen 4.45 Uhr unbekannte Täter die Zechenbahn des Schachtes Praxert zwischen Berg und Sickingmühle an zwei Stellen mit Dynamit gesprengt. Die Gleise sind auf einer Länge von 85 bzw. 25 Zentimeter zerstört worden. Die Explosion war weithin hörbar.

Die Polizei hat sofort die Ermittlungen aufgenommen. Kennenwertere Sachschaden ist nicht entstanden. Innerhalb einer halben Stunde waren die Gleise wieder ausgebeßert. Für die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt worden.

Eisenbahnanschlag in Norwegen.

Zwischen die Schienen waren Dynamitpatronen gelegt.

Wie aus Oslo gemeldet wird, ist in Eken 20 Minuten vor Abgang des Schnellzuges nach Oslo ein Anschlag auf den Zug entdeckt worden. Ein Bauer, der am Bahndamm Gras mähte, bemerkte zwischen den Schienen fünf weiße Patronen. Er sammelte sie auf.

Wie sich herausstellte, handelte es sich um Dynamitpatronen, die zum Sprengen von Gestein benutzt werden. Wie Sachverständige erklären, hätten die fünf Patronen genügt, den ganzen Zug in die Luft zu sprengen. Eine Spur des Attentäters hat man bis zur Stunde noch nicht gefunden.

Besprechungen in Berlin

Nach wochenlangen erfolglosen Nachforschungen der Budapest Polizeibehörden nach den Attentätern des schweren Eisenbahnunglücks bei Via Taborgo, das 25 Todesopfer und zahlreiche Schwerverletzte forderte, hat die ungarische Polizeidirektion nach langem Zögern einen ihrer Kommissare nach Berlin entsandt, um mit der Kriminalpolizei des Berliner Polizeipräsidenten persönliche Fühlung zu nehmen.

Am Freitag gegen 13 Uhr traf der mit dieser Mission betraute Detektivinspektor Peter Haim aus Budapest in Berlin ein. Haim wurde von Kriminaldirektor Schulz und Kriminalrat Gennat im Polizeipräsidenten empfangen. Es fand eine mehrstündige Besprechung statt, an der außer dem Leiter der Kriminalpolizei der Leiter der Politischen Polizei und mehrere Mitglieder der Jüterbog-Untersuchungskommission teilnahmen. Im Verlaufe dieser Konferenz zeigte Oberinspektor Haim auf Grund von zahlreichen Lichtbildern die Einzelheiten der ungarischen Eisenbahnkatastrophe. Im Anschluß daran wurde auch das Eisenbahnunglück bei Jüterbog besprochen. Neben gewissen Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten zwischen beiden Fällen kamen aber auch zahlreiche charakteristische Abweichungen zur Sprache.

Die Frage, ob beide Attentate etwa auf denselben Täterkreis oder dieselben Personen zurückzuführen sind, konnte leider auch durch diese Konferenz nicht abschließend geklärt werden.

Auch nach Auffassung der Budapest Polizei besteht durchaus die Möglichkeit, daß es sich um zwei Attentate handelt, die miteinander nur insofern im Zusammenhang stehen, daß in der Tat das eine die Nachahmung des anderen ist.

Bemerkenswert war noch die Mitteilung des ungarischen Kriminalisten, daß alle Verdächtigungen gegen Deutschmann als nicht stichhaltig erwiesen haben.

Sportflugzeug abgestürzt.

Unweit des Sportflughafens Nienleben bei Halle stürzte gestern nachmittags gegen 4.45 Uhr ein Sportflugzeug ab. Der Führer, ein Student, hatte Kunstflüge geübt. In 1200 Meter Höhe setzte er mit Trudeln an, konnte die Maschine aber nicht abfangen. Er sprang aus etwa 80 Meter Höhe mit dem Fallschirm ab, erlitt aber schwere Verletzungen. Die Maschine ist in Trümmer gegangen.

Verhängnisvolle Fahrten.

Gefängnisstrafen für Autodiebe. — Frau Generaldirektor am Steuer.

Am 23. August — es war ein Sonntag — beschloßen die beiden Freunde, der 19jährige Motorschlosser K. und der 18jährige Werkzeugmacher L. eine Spritzfahrt nach Südeben zu machen — im fremden Auto. L. holte aus seiner Wohnung ein Rohr, benutzte es als Hebel, erbrach die Tür einer Benz-Elmouline, K. setzte sich an das Steuer und los ging es in Begleitung eines dritten jungen Menschen und eines jungen Mädchens. Den Rückweg im Auto traten nur die beiden Freunde an. Man fuhr mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometer. In der Moonstraße sah man in einer Entfernung von etwa 60 Meter einen alten Herrn über die Straße gehen, wenige Sekunden später lag der 78jährige K. mit schweren Verletzungen auf der Straße. Die jungen Leute machten sich aus dem Staube, drei Tage später wurden sie verhaftet. Der 78jährige starb einen Tag nach dem Unfall an Gehirnerschütterung im Krankenhaus.

Vor der Verkehrsabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte veranwortete sich der 19jährige K. wegen Autodiebstahls, Autofahrens ohne Führerschein und fahrlässiger Tötung, der 18jährige L. bloß wegen Autodiebstahls. K. hat erst im Juni d. J., gleichfalls wegen Autodiebstahls eine Strafe erhalten, eine weitere Sache wegen eines ähnlichen Deliktes schwebt gegen ihn. L. ist bloß wegen Begünstigung verurteilt.

Was waren das nun für junge Menschen? Etwa verwaaltete Burthen, die sich abdrücklos auf der Straße herumtrieben, und durch Arbeitslosigkeit zu dummen Streichen kommen? Keinesfalls! L. weiß als Werkzeugmachergeselle ein vorzügliches Zeugnis aus. K. steht vor seiner Gesellenprüfung als Motorschlosser — die Eltern der beiden Burthen machten gleichfalls einen außerordentlich ehrenden Eindruck. Vielleicht war es bloß jugendlicher Leichtsinns, vielleicht ein Erziehungsfehler, der bei den jungen Burthen notwendige Hemmungen nicht aufkommen ließ. Bei dem 19jährigen K. mag ausschlaggebend gewesen sein, daß er dank dem Beruf des Vaters, eines Chauffeurs, mit einem Auto vorzüglich umzugehen verstand und es ihn deshalb reizte, weitere Fahrten zu unternehmen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen L. einen Monat Gefängnis, gegen K. ein Jahr Gefängnis, für den letzteren unter Verlegung einer Bewährungsfrist: es müßten Strafen verhängt wer-

Fahrt ins Wochenende

„Landpartie“ nach Treptow — Zur Königsheide und zur „Wuhle“

Der ausgedehnte Treptower Park ist einer der ersten Volksparks im modernen Sinne, die Berlin geschaffen hat. Man erreicht ihn bequem mit der S-Bahn, ferner mit den Straßenbahnlinien 5, 6, 55, 87, 91, 93 und 187 sowie mit der Omnibuslinie A 16. Die Vorarbeiten zur Anlage dieses Parks wurden 1876 nach dem Plane des hervorragenden Gartenbaukünstlers Meyer be-



gannen, der 1877 starb und dessen Denkmal mit vollem Rechte im Treptower Park aufgestellt wurde.

Die Stadtverordneten jener Tage hatten wegen der Kosten große Bedenken, denn Berlin sollte fast eine Million Mark für die Durchführung der Arbeiten ausgeben. 1896 wurde im Treptower Park die Gewerbeausstellung eröffnet, durch die das Parkbild damals völlig verändert wurde. Der große Spielplatz war in einen kleinen See verwandelt worden, auf dem man romantische Fahrten in venezianischen Gondeln unternehmen konnte. Unendliche Mühe hat es gekostet, den Park wieder so herzurichten, wie wir ihn heute sehen. Im Sommer herrscht hier auf den ausgedehnten Gras-

flächen das muntere Treiben der Jugend. In der Berliner Arbeiterschaft sind vor allem die großen Demonstrationen, besonders die der Vorkriegszeit, unvergessen, die Tausende von begeisterten Klassenkämpfern auf dem grünen Rasen von Treptow vereinigten. Die unter Leitung von Professor Archenhold stehende Sternwarte, die allabendlich bei klarem Wetter ihr Riesenspiegel in den Himmel richtet, paßt hervorragend in diesen Volkspark. Man sollte nur wünschen, daß die Sternwarte noch mehr als bisher die Beachtung der Berliner finden möge. Vor einigen Wochen wurde übrigens ein kleines physikalisches Laboratorium eröffnet, an dessen Ausbau gearbeitet wird. Am Rande der Spree liegen bekannte Wirtschaften, die das ganze Jahr hindurch das Ziel ungezählter Ausflügler sind.

Gegenüber von Treptow grüht heute noch wie einst die idyllische Dorfkirche von Stralau aus dunklem Grün heraus. Aber in ihrer Nähe ragt das Kraftwerk Klingenberg als ein Wahrzeichen des neuen Berlin auf. Nicht an den Treptower Park schließt sich der Plänterwald an, dessen Bestand infolge der Senkung des Grundwasserspiegels lange Zeit hindurch gefährdet war. Herrlich ist der Weg am Ufer der Spree entlang bis nach Baumshulenberg.

Wenn man dann die Baumshulenbergstraße entlang geht, erreicht man nach einer guten Viertelstunde die Königsheide, die glücklicherweise auch zum Dauerwald erklärt wurde und nun in ihrem ursprünglichen Zustande erhalten bleiben dürfte. Nadel- und Laubbäume aller Art bilden ihren Baumbestand. Dazwischen gibt es Strauchwerk, Schomungen, kleine Schluchten und lauschige Wege. In der Zeit der großen Ferien dient auch die Königsheide als Kinderspielplatz. Dann ist der Wald erfüllt vom munteren Kinderreiben. Die Jugend ist glücklich, der Enge der Großstadt entflohen zu sein.

Dem Plänterwald gegenüber liegt auf der anderen Seite der Spree der Volkspark Wuhleheide. Er ist ebenfalls mit der S-Bahn bis Station Wuhleheide, sowie mit den Straßenbahnlinien 69, 87, 95 und 187 zu erreichen. Der ausgedehnte Park gibt zahlreiche Möglichkeiten zu Spaziergängen, die man unter Umständen bis nach Köpenick ausdehnen kann. Der Volkspark mit hübschen Wegen und geschmackvollen Anlagen geht fast unmerklich in den Wald über, der im Westen von der Kennebahn Karlshorst begrenzt und von der nach Erner bzw. Fürstenwalde und Frankfurt a. d. Oder führenden Eisenbahnlinie durchschnitten wird. Die Station Wuhleheide in der Mitte des Waldes hieß früher Sadowa, und noch heute fahren die alten Berliner nach „Sadowa“, wenn sie in die Wuhleheide pilgern wollen. Das kleine Köpenick hat sich auch nach Norden gedehnt und so das ursprüngliche Waldgebiet eingeengt. Trotzdem aber ist die Wuhleheide Berliner Ausflugsgebiet geblieben.

Folgen des Leichtsinns.

Entsetzliches Explosionsunglück in Rotterdam.

Rotterdam, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

In einem Hause der Tweede Lombard-straat wollte gestern abend ein junger Mann mit Unterstützung seiner Ehefrau in einer Pfanne, die auf einem Petroleumofen aufgestellt war, Wachs schmelzen, um damit Pflaster zu präparieren. In der Pfanne befanden sich Ammoniak und Benzol. Plötzlich entzündete sich der Inhalt der Pfanne und die ganze Wohnung stand sofort in Flammen. Die Kleider der Eheleute brannten lichterloh. Die Unglücklichen eilten auf die Straße, wo Passanten die Flammen erlöschten konnten. Schwer verletzt wurde das Ehepaar ins Krankenhaus geschafft, wo man an seinem Willkommen zweifelt.

In der Wohnung waren aber noch drei kleine Kinder von sechs Monaten bis zu vier Jahren zurückgeblieben. Als die Feuerlöcher eintraten, waren die beiden älteren Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, in ihren Betten erstickt. Der Säugling war bereits vollkommen verkohlt.

Die Grundstücksverkäufe der BVB.

Seitern beschäftigt sich ein Unterausschuß des Haushaltsausschusses mit der Vorlage über die Grundstücksverkäufe, die anlässlich der Durchführung der Untergrundbahnbauten erfolgt sind. Diese Vorlage bezweckt eine Verteilung der durch diese Grundstücksverkäufe entstandenen Kosten zwischen der BVB. und der Stadt.

Der Ausschuß beschloß, dem Haushaltsausschuß die Annahme der Vorlage ohne Änderung zu empfehlen. Die Vorlage sieht in ihrer Zusammenstellung als Gesamtkosten einschließlich Zinsen und Wirtschaft einen Betrag von 162 673 464,44 M. vor. Der Grunderwerbstock übernimmt davon als Grundstücksverfall den Betrag von 49 187 565,46 M.; abgeschrieben werden 44 541 190,44 M., ebenfalls auf den Grunderwerbstock.

Von der Tiefbauverwaltung werden für Grundstücksverfall 19 486 158,91 M. und an Abschreibungen 12 322 980,06 M. übernommen. Der Gesamtbeitrag für die Stadtfinanzierung beträgt danach 56 864 170,50 M.

Bei der BVB. werden auf Grundstückskonto 17 932 835,64 M., auf Konto Bahnanlagen 22 210 475,81 M. verbucht.

Der Unterausschuß wird weiter dem Haushaltsausschuß empfehlen, bei der Verwaltung dahin zu wirken, daß bei der Veräußerung von Grundstücken die Bezirksverwaltungen ausgeschaltet und solche Verhandlungen direkt von der Zentrale geführt werden. Die Verwaltung der Grundstücke würde allerdings mit Rücksicht auf das zur Verfügung stehende Personal bei den Bezirken verbleiben.

Eine neue Kirchenaustrittsstelle. Der Deutsche Freidenkerverband hat für die Bewohner des Bedding und Gensbrunnens, sowie der anschließenden nördlichen Vororte bei Carus, Roltstr. 19, an der BVB., eine neue Kirchenaustrittsstelle eröffnet. Jeden 1. und 3. Montag im Monat von 7 bis 8 Uhr abends ist jedem freidenkerisch eingestellten Genossen Gelegenheit zur Kirchenaustrittserklärung vor einem Notar gegeben. Die erste Stunde ist Montag, den 5. Oktober, 7 bis 8 Uhr abends.

Vollversammlung der Helfer Groß-Berlins der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde findet heute Sonnabend 17 Uhr im Bezirksamt Kreuzberg, Poststr. 11, statt. Tagesordnung: „Die politische Lage.“ Referent: Kurt Löwenstein. Anschließend Diskussion. Die Kreise werden gebeten, ihre Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Helfer ausweis vorzeigen.

Ueber 40 Jahre „Barwärs“-Leber. Einer unserer ältesten Abonnenten, der Genosse Johann Radke, Baldemarstr. 43, feiert am Dienstag, 6. Oktober, das Fest der goldenen Hochzeit. Das im 77. Lebensjahre stehende Jubelpaar kann das Fest in voller Rüstigkeit feiern.

29745 Ärzte-Gutachten!

Jede Bohne Qualität
jeder Tropfen Genuß
jede Tasse Gesundheit
das ist Kaffee Hag!

In jedem Paket ein Gutschein. Im Weihnachtsmonat 1931 auf 40 Gutscheine 1 mit. Altsilber-Dose mit Kaffee Hag gratis

Treu zur Partei!

Entscheidung im 11. Kreis Schöneberg.

Die Kreismitgliederversammlung des Kreises Schöneberg der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich im Gesellschaftshaus des Westens mit der allgemeinen politischen Lage und der Lage in der Partei. Die überfüllte Versammlung nahm mit Beifall ein Referat des Genossen Crispian entgegen, das eingehend auf die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der letzten Zeit hinwies und ihre Vorgeschichte genau untersuchte.

Wenn radikale Parteigenossen behaupten, die Loserierungs-politik der Partei sei bedingungslos getrieben worden, so übersehen sie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie bereits zweimal, nämlich bei der Notverordnung vom 5. Juni 1931 und noch in den letzten Tagen reaktionäre Absichten der Regierung Brüning mit der Drohung des Bruchs mit der Regierung beantwortete. Damit konnte sie wesentliche Verbesserungen für die Arbeiterschaft herausholen in einer Lage, wo man sich den offenen Kampf nicht aufzwingen lassen durfte. Gerade in einer Situation wie der heutigen mit ihren Schwierigkeiten für die Politik der Partei ist es aber ein Verbrechen, durch Sonderorganisationen die Einheit und Geschlossenheit der Partei anzutasten. Gerade in der jetzigen Situation, wo sich die sozialistische Kritik der Partei am Kapitalismus erneut bestätigt hat, müssen alle, auch die zur Politik der Partei kritisch eingestellten Kräfte eingestellt werden auf den Machtwort der Partei zum Zweck der sozialistischen Beeinflussung des kapitalistischen Chaos. Genosse Crispian schloß mit einem Aufruf zur Einheit der Partei, der mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde.

In der Diskussion verfuhr eine verschwindende Minderheit, für die ausgeschlossenen Spalter der Sozialdemokratie Stimmung zu machen. In der Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen ergab sich aber, daß die gesamte Versammlung (etwa 400 Parteimitglieder) gegen nur sieben Stimmen die Politik des Parteivorstandes billigte. Von einigen Genossen wurde das Vorgehen des Parteivorstandes sogar als zögernd und als zu spät eingeleitet bezeichnet. Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

Der 11. Kreis verurteilt auf das schärfste das Verhalten der Genossen, die, statt weiterhin im Rahmen der durch die Parteipotwendigkeiten gebotenen Disziplin ihre Auffassungen zu vertreten, es vorgezogen haben, die Begründung einer eigenen Partei zu betreiben, die nur eine weitere Spaltung und Schwächung der proletarischen Kräfte in einem der kritischsten Augenblicke in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung herbeiführen muß. Die Mitgliedschaft des 11. Kreises betont erneut ihre Treue zur Sozialdemokratischen Partei und hofft, daß es ihr gelingen möge, die deutsche Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampfe gegen den Faschismus und für die Durchsetzung des Sozialismus unter ihrem Banner zu einen.

Der Kreisvorsitzende Stadtverordneter Genosse Paul Hennig gab den Funktionären seines Kreises Tiergarten im Rahmen eines Informationsabends Gelegenheit, zu den Beschlüssen des Parteiauswahlschusses Stellung zu nehmen. Er stellte seinen Ausführungen den Satz voraus: „Die Einheit der Partei geht über alles.“ Man braucht noch lange nicht immer mit der Loserierungspolitik einverstanden zu sein, wenn man sich den Entscheidungen der Parteinstanzen unterwirft. Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratischen Partei bedeute stets, eine Majorität von der Richtigkeit seiner persönlichen Politik zu überzeugen. Das Verhalten der Genossen Seydewitz und Rosenfeld hat ihren Ausschluß aus der Partei notwendig gemacht. Eine rege Diskussion ergab, daß eine überragende Mehrheit der Funktionäre des Kreises Tiergarten die Meinung ihres Kreisleiters teilte. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als gerade viele Genossen unter ihnen waren, die der Richtung Seydewitz-Rosenfeld gefinnungsunfähig bis vor kurzem sehr nahe standen.

Schüler führen eine Oper auf.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wurde von Schülern der Balther-Kathenau-Schule in Neutöln eine Schüloper „Die Jobstade“ aufgeführt. Die Aufführung wurde zu einer Demonstration für den modernen Musikunterricht.

Der Text der Oper ist von Robert Seif nach dem Gedicht über „Leben, Reimungen und Taten von Hieronymus Jobs, dem Kandidaten“ (1784) von dem niederrheinischen Arzt Karl Arnold Korkum, verfaßt; die Musik ist von Wolfgang Jacobi. Aus dem Epos sind prägnante Szenen herausgestellt worden: Jobs kommt in die Schule, packt das leidige Latein, besucht als Theologiestudent lieber das Wirtshaus, als die Vorlesungen, hält eine ungeheuerliche Probepredigt, fällt beim Examen mit Pauken und Trompeten durch, wird als unmöglicher Schulmeister zum Teufel gejagt, versucht es bei einer Schauspieltruppe und findet endlich seinen wahren Beruf: er wird Nachtwächter. Ramentlich der erste Teil ist äußerst amüsanter gestaltet. Im zweiten Teil macht sich die Gefahr der Aneinanderreihung von locker zusammenhängenden Szenen bemerkbar: Das Werk verliert an dramatischer Schlagkraft und an Interesse. Jacobi hat das Ganze mit einer sehr wirrigen Musik versehen. Chöre, Sologefänge, Orchesterzwischenstücke, Deklamation und Sprechchöre wechseln miteinander ab. Die Schüler, unter Leitung ihres Musiklehrers Dr. Siegfried Günther, verhalfen dem Werk zu einer sehr gelungenen Aufführung. Hervorragend der Jobs! Auch die übrigen Solopartien waren gut besetzt. Chöre und Orchester gaben ihr Bestes. Vielleicht sind die Streichpartien zu schwierig für ein Schulorchester. Der Komponist müßte sich noch mehr auf das mögliche Niveau der Schule einstellen.

Die sozialistische Schülergemeinschaft marschiert

In diesen Tagen fand die erste gut besuchte öffentliche Werbeversammlung der S.S.G. Reinickendorf im Jugendheim Legel statt. Das Referat hielt Kapitänleutnant Genosse Dr. Klotz über „Nationalen und internationalen Sozialismus“. In der Diskussion äußerte sich neben jugendlichen Genossen auch ein kommunistischer Schüler, den zu widerlegen leicht war. Bezeichnenderweise fand trotz mehrfacher Aufforderung kein Nazi den Mut, dem Redner entgegenzutreten. Bemerkenswert war die Schilderung eines unserer Genossen, wie sich die Direktoren und verschiedene Lehrer einiger höherer Lehranstalten gegenüber der Flugblattverbreitung zu dieser Versammlung verhielten. Sie gelärdeten sich wie wild und riefen nach der Polizei, während sie bei früherer Verteilung von Nazi-Flugblättern sich sehr duldsam zeigten. Recht „tapfer“ hatten sich auch einige Kommunisten benommen, die den Flugblattverteiler vor der Mittelschule Bofigwalde die Werbeblätter entziffen, als diese sich gerade mit dem reaktionären Rektor auseinandersetzten.

Der Erfolg dieser Veranstaltung wird ein Ansporn sein für alle sozialistisch gesinnten Schülerinnen und Schüler.



EIN GANZ NEUER TYP

Die Änderung der Tabak-Steuer hat eine neue Qualitätsstufe zwischen den Preislagen von 3½ und 5 Pfennig geschaffen. Da es jetzt möglich geworden ist, für 4 Pfennig mehr als bisher zu bieten, hat sich Haus Neuerburg als Qualitäts-Fabrik die Aufgabe gestellt, der Schrittmacher für diesen neuen Zigarettentyp zu sein.

Nürnberg

eine echte
Haus Neuerburg-Zigarette zu 4 Pf.

5 Stck



20 Pf.

Max Barthel: An der Bernsteinküste

Der Bernstein ist ein Millionen Jahre altes Harz und wird in der Hauptfache im Tagebau bei Palmniden und Kropfpeßen im Samland gefördert. Die letzte Station vor dem einzigen Bernsteinsbergwerk der Welt heißt Sorgenau, aber die ganze Bernsteinküste müßte eigentlich Sorgenau heißen. Dieser steile ostpreussische Küstenstreifen ist wie kaum ein anderes Gebiet mit dem Auf und Ab der Weltwirtschaft verbunden. Bernstein, dieser uralte Halbbedelstein, wurde schon in der frühen Steinzeit zu Schmuckstücken verarbeitet. Man weiß, daß er im alten Griechenland und Rom ein begehrter Modeartikel war. So, man glaubt sogar, die alten Handelsstraßen rekonstruieren zu können, die vom Mittelmeer über Wien nach der Weichsel und weiter an die Bernsteinküste geführt haben sollen.

Heute hat es der Reisende bequemer als der antike Kaufmann. In knapp zwei Stunden führt die Bahn von Königsberg nach Palmniden. Das Bergwerk ist eine große Ueberraschung und kopiert in seiner technischen Anlage irgendein Braunkohlenbergwerk im Geiseltal oder bei Senftenberg. Vierzig Meter hoch ist die Decke alter Ablagerungen, die über der berühmten „Blauen Erde“ liegt, der sechs bis sieben Meter starken braugrün schimmernden Tonsschicht, in der die Bernsteinsbrocken lagern. In einem Kubikmeter Blaue Erde lagern gewöhnlich zwei Kilogramm Bernstein.

In drei Etagen wird nun das gewaltige Deckgebirge bewegt und verfehlt, bis sich der Kettenbagger am schrägen Rand der Blauen Erde aufbaut und seine Eimer kopfüber in die Tiefe schickt. In der schrägen Wand rieselt Wasser. Bernstein ist nicht zu sehen. Nur die große bewegliche Baggermaschine ist zu sehen und die Kette der freisenden Eimer, die sich in die bereitstehenden Wagen entleeren.

Wir stehen am Grund der Blauen Erde, über zehn Meter unter dem Meerespiegel. Wir stehen auf einem Grund, der sich vor fünf oder zehn Millionen Jahren gebildet hat. Oben am Rand der riesigen langhinstreckten Grube lärmen die Stare, die an der samländischen Küste zwischendurch nach Süden ziehen. Der Bernstein geht noch weiter als die Zugvögel. Jetzt fährt er mit den elektrischen Wagen nach der Blauerdüwe am Steilufer der Ostsee.

In der Wäscherei kippen die Wagen ihre Ladungen auf große Roste. Ueber die Roste schießen die Wasserstrahlen, lösen die Blaue Erde auf und stürzen als trübe Ströme in die Tiefe. Sie führen den Bernstein mit, der dann in verschiedenen Abteilungen ausgefondert wird. Dann kommt er in große, rotierende Trommeln und wird nach bestimmten Größen sortiert.

Im Jahre 1929 wurden 464 236 Kilo Bernstein im Tagebau gewonnen und nur 51 689 Kilo von den Bernsteinschlechtern oder Strandaufkäufern eingebracht. Bernstein ist monopolisiert und darf nicht in den freien Handel kommen. Um das sogenannte „Bernsteinregal“ geistern aus alten Zeiten blutige Sagen und Geschichten. Das „ostpreussische Gold“ ist genau so voll Blut und Tränen umspült wie das andere Gold unserer Erde.

Bernstein ist ein wichtiger Industrieartikel geworden. Rund achtzig Prozent aller Funde wird zu Bernsteinöl, Bernsteinsäure und Bernsteinschmelze verarbeitet. Im Winter, wenn das Bergwerk in Palmniden eingefroren ist, geht die Schmelzarbeit los. Da rauchen und stinken die Defen und Kessel, da rollen die Zäpfer, und die Bergleute, die wenigsten haben mit der Förderung zu tun, verwandeln sich in Fabrikarbeiter. Der klare, reine Bernstein geht nach Königsberg in die Manufaktur und verandelt sich in Kette, Brosche, Amulett, Zigarrenspitze oder Schmuckerei.

Wir verlassen das Bergwerk, die Stare lärmen immer noch, und gehen zur See hinunter. Herbstlich verlassen liegt der breite Strand vor uns. Die Wellen schlagen und branden. Sie haben an der „Blauen Erde“, die weit in die See hinaus geht, genagt, und schleudern kleine Bernsteinsbrocken an den Strand. An besonders günstigen Tagen kommen die Fischer und holen mit großen Rischern Bernsteingeröll aus den Brandungswellen. Steil und einsam zieht sich die

schöne Küste nach dem Norden, um dann mit scharfem Knick ostwärts zu biegen. Und bei Cranz beginnt die schöne, hundert Kilometer lange Kurische Nehrung.

Am nächsten Tag fahren wir mit dem Auto über Cranz auf der Kurischen Nehrung nach dem Fischerdorf Sarkau. Wir haben den dichten Wald hinter uns, in dem kleinen Nest hängen die Hundern paarweise über Stangen. Sie sind weißbäuchig, flach und rostbraun, werden getrocknet und dann am offenen Feuer geräuchert. Hinter Sarkau, wir sehen dort zum erstenmal das Hoff, verfidert die Ueppigkeit des Waldes. Radelholz besetzt das Laubholz, und dann steigen die ersten weißen, langhinausweisenden Dünen auf. Kein Mensch ist zu sehen auf der Fahrt nach Rossitten, doch ein Mensch ist zu sehen, ein Wanderbursche, der durch die todeinsame und melancholische Landschaft trottet. Das Auto springt durch tiefe Löcher. Immer neue Dünen steigen auf und schweben selbstvergessen gegen den klaren Himmel. Dann verdrängt sich wieder der Wald, die Erde wird fruchtbar, Wiesen und Weiden sehen wir und dann die ersten Häuser von Rossitten.

Rossitten ist durch seine Vogelwarte berühmt geworden. Im Hofen liegen viele Fischerboote, die an den hohen Masten Schnitzwerk und die bunten Wimpel ihrer Dörfer zeigen. Jedes Fischerdorf hat seine besondere Fahne und Farbe. Mit einem Fischer segeln wir nach dem Segelstörgerlager hinüber. Grandios ragen die gewaltigen Dünen aufwärts. Die dunklen Streifen vor uns, das ist schon die Grenze, das ist das Memelland, ist schon Litauen. Die Dörfer am Hoff sind arme Dörfer. In den verpumpten Siedlungen der zerfetzten Memelmündung herrscht große Not. Die Dörfer an der Nehrung können sich ein wenig im Licht der sommerlichen Fremdenindustrie fennen.

Auch in Rossitten gibt ein offizieller Bernsteinkäufer der Manufaktur. Die Bernsteinarbeitung sehen wir am anderen Tag in der Königsberger Fabrik. Die Fertigwaren können in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: in Rouherartikel, in kunstgewerbliche Schmuck- und Gebrauchsgegenstände und in den Andachtsbedarf. Rund drei Viertel des Bernsteins gehen ins Ausland. Nach Arabien, Persien und Mesopotamien (zahlbar mit Schek auf London) gehen die mohammedanischen Rosenkränze. Indien und Afrika verlangt nach knollig geforneten Korallen. Sie dienen nicht nur als Schmuck, sind gleichzeitig Vermögensanlage. Die Fellachen in Ägypten tragen lange, schwere Ketten als Brautschmuck.

Die Baumwolle sinkt im Preis, der Fellache hat wenig Geld. Im Orient sind Aufstände oder Balutastürze: an der Bernsteinküste ist das ganz genau zu spüren. Zerrüttung der australischen Währung heißt verminderter Export. Unruhen in Südamerika bedeuten überfüllte Lager in Palmniden und Königsberg. Die Bergarbeiter in dem schönen Dorf im Samland arbeiten nur vier Tage in der Woche. Sie kennen die Gesetze der Weltwirtschaft.

Zum Schluß besuchen wir noch die ausgezeichnete Bernsteinsammlung der Königsberger Universität. Wir sehen die verschiedenen Urformen des berühmten Urweitharzes, die Bernsteintropfen in Birnenform bis zur vollendeten Kugel. Wir sehen die Zapfen, Schrauben und mächtigen Stücke, durch deren rauhe Rinden goldener Glanz bricht. Wir sehen die vielen Feuer- und Farben der vielen Arten und bewundern dann die grohartigen Einschlüsse. Wir sehen ausgestorbene Fliegen, Mücken, Käfer, Blattläuse, Schmetterlinge, Wangen, Zirpen, Heuschrecken und Libellen. Wir sehen und bewundern Wäulen, Blätter und Zweige und die kleine Eibedsche, die vor fünf oder zehn Millionen Jahren im Bernsteinwald lebte und in das flüssige Harz eingeschlossen wurde. Wir starren auf die geschnitzte Figur, die ein Mensch aus der jüngeren Steinzeit gemacht hat und stehen schließlich wieder wie am Grund einer Blauen Erde: Millionen Jahre zurück, ein Mensch von heute, aber verbunden und brüderlich allen Geschöpfen von damals.

Luse Baumann: Das Zirkusmädchen

Die Kinder, die kleine Barbara und das Sportmädchen Ruth, waren schuld daran, daß ich abends, als schon eine Weile die Musik herübergeschallt hatte, doch nach dem Turnplatz ging, wo der kleine Zirkus seine Manege mit weißrot gestreiften Zeilmänteln aufgestellt hatte. Barbara wollte die Kesseln sehen, Ruth dagegen ihre an Akrobatik grenzenden Turnkünste mit den Leistungen der schönen Elli vergleichen.

Die Kinder bekamen ihre Karten und gingen hinein. Ich konnte mich vorerst nicht entschließen, in der kühlen, nebligen Nacht stundenlang zu sitzen, und trieb mich zwischen den Wagen herum. Wie es wohl den drei Kesseln gehen mochte, die heute mittag von den Kindern Rüsse erbetelt hatten? Auch der arme Schimpanse mit seinen langen Haaren fiel mir ein, der immer in einem wüßigen Kasten sitzen mußte — oh, Tierquälerei, elender, atembeklemmender Spuk, diese Tropentiere in unheimlichen Rebellkästen und Regenjournen!

Ah, wie weit zurück und spurlos verflüchtigt ist jene Lebenszone, in der das Fremde und von weit her Kommende zum Erlebnis wurde, wie heute der kleinen Barbara die Affen mit ihren zarten Runzelhändchen! Allzu nahe war mir das Spiel zwischen der kindlichen Menschlichkeit, die das Tier quälte, und dem histojen Ernst des Tiergeschöpfs.

Drinne im Zirkus brach die Musik ab. Der Akrobat stand, über den Wänden sichtbar, auf einem Brettchen, belnahe schon im dichten Laub der Kastanienbäume, die den Platz umgaben. Ein kurzer Ruf; er sprang mit Rückwärtsalto ab, und die Musik setzte wieder ein.

Ich blickte in die Wagen hinein. Jetzt, wo die Familienmütter an der Kasse saßen und das Personal in wechselnden Rollen bald als Kugelfuß, bald als Kraftmensch, Stallbursche, Herrenreiter, Parterreakrobat zu tun hatte, waren die Wagen dunkel. Nur in einem einzigen brannte ein schwaches Licht. Ich spähte durch das Türfenster an der Schmalseite hinein. Das Bild, das ich sah, hätte einem Maler gefallen.

Im Hintergrunde des Wagens besuchte eine Kerze, die auf einem Klappstisch stand, zwei Mädchen, die eine blond, die andere dunkel. Die Blonde, die der Kerze zunächst saß, löffelte aus einem Blechtopfchen und aß grob geschnittenes Brot dazu. Das Licht traf ihr Gesicht von unten, so daß es aus vielen dunklen und hellen Ecken zusammengekehrt erschien. Die Dunkel sah feillich, und das warme, rötliche Licht der Kerzenflamme ließ das Gesicht und die blassen Glieder sanft und weich aufleuchten. Sie spielte mit ein paar bunten Nadeln, von denen sie zwei zum Schmuck für Kleid und Haar wählte. Jetzt schauerte sie ein wenig zusammen, ließ hohe, breite Ober über die Augen fallen und lehnte sich zurück. Armes Zirkusmädchen, ob du heute und morgen wohl satt zu essen hast? Bist du übermüdet? Hast du Sorgen?

Dann stand sie auf. Das Gesicht leuchtete; die federnden Glieder bewegten sich spielend ein wenig; sie trat, trotzdem sie ein wenig geduckt gehen mußte, nur mit den Zehen auf, als sei sie beschwingt von innerer Musik. Ich schlochte mein billiges Mitleid schnell hinunter, ging zur Kasse, setzte mich dann zu dem Sportmädchen Ruth und wartete, bis das schöne Mädchen austrat.

Inzwischen bog der Kraftmensch einen Eisenstab zu Hufeisenform. Er stemmte ihn zwischen die Knie, drückte ihn über den Schenkelanfang, leuchtete und knurrte, und dann hielt er den gedogenen Stab in den Händen. „Die Herrschaften mögen ihn beschlagen; er muß an der Biegung noch warm sein“, sagte der Kraftmensch. Ich aber, die ich mich schon damit abfinden mußte, nicht nein bewundern zu können, geriet in Nachdenken: warum bewundert man es, wenn jemand einen Eisenstab biegt? Hat nicht der Mensch in der Maschine seine Kraft millionenfach verstärkt? Vielleicht sehen wir heute in den sportlichen Kraftleistungen mehr als nur die persönliche Ueberlegenheit; wir nehmen mit unseren eigenen und mit der Bewunderung für fremde körperliche Leistungen vielleicht teil an einer unbewussten Demonstration des Menschen und seiner unmittelbaren Kraft gegenüber der Maschine mit ihrer endlosen, verflavenden Schraube, genannt Leistungssteigerung. Oder was für einen Grund hat sonst der Mensch, mit Händen und Zähnen Eisen zu biegen?

Während der Kraftmensch mit seinem Teller zum Sammeln für sich herumging, trat das schöne Mädchen zu seiner Nummer an. „Das ist Elli“, sagte Ruth.

Das blaße Gesicht leuchtete wieder. Dann bogen und streckten sich volle, glatte Glieder, denen man die Kraft der Muskeln nicht anah, mit einer Anmut, die die harte Dressur ganz vergessen ließ.

„Neunzehn ist sie. Sie hat mir's voriges Jahr gesagt, als sie mir selbst den Ferienhang beibrachte.“ Ruth strahlte.

Neunzehn Jahre! Am letzten Jackettdäcken eine lachsrote Äster. Sie wird vielleicht nachher, da sie vor dem Auftreten nichts gegessen hat, aus dem Blechtopf aufgewärmten Kaffee löffeln und großes Brot dazu essen. Ich aber werde das Angefallt nicht vergessen, das in der nebligen Nacht leuchtete und mir wie trunfen erschien vor Freude und selbstvergessener Hingabe an ihr Können.

Zwei Heinrich Grünfeld Anekdoten

Ueber den kürzlich verstorbenen Musikprofessor Heinrich Grünfeld kursierten schon vor 20 Jahren eine Reihe lustiger Anekdoten. Zwei davon seien der Vergessenheit entzissen.

Der Komponist und Klaviervirtuose Eugen d'Albert war siebenmal verheiratet. Eine seiner Frauen — wir wollen höflicherweise verschweigen: die wievielte — zeichnete sich mehr durch — innere Vorzüge aus. Bald nach Schließung dieser Ehe bot jemand in einer Gesellschaft Heinrich Grünfeld an, ihn der neuen Frau d'Albert vorzustellen. Grünfeld aber wagt nur einen kritischen Blick auf die Dame und winkte dann ab: „Ach, möchte, die überschlagen wir lieber!“

Eines Morgens kommt Heinrich Grünfeld betrübten Gesichtes in seine Stammweinstube in der Taubenstraße. „Denk euch nur, unfer guter alter Peterjen ist diese Nacht plötzlich gestorben!“ Allgemeines Bedauern. Erinnerungen an den lieben Dahingeshiedenen werden ausgetauscht. Plötzlich öffnet sich die Tür, und in ihr erscheint frisch und rosig der Totgesagte. Aller Blicke richten sich vorwurfsvoll auf Grünfeld: „Wie konnten Sie sagen, Peterjen sei...?“ Aber Grünfeld legt nur geheimnisvoll den Finger an die Lippen und flüstert: „Pst, nicht so laut! Er wech es noch nicht!“

Wasser in Kristall. Das Vorkommen kleinster Wassertropfen oder Bläschen in Mineralien ist zwar sehr selten, immerhin aber schon beobachtet worden. So enthält zum Beispiel der Opal winzige Teilchen Wasser in seinem Inneren, doch so immer man bisher Flüssigkeiten in Mineralien fand, waren es stets nur die allerfeinsten Mengen. Vor kurzem wurde jedoch in den Bleiminen bei Koffie im Staat New York ein schöner großer Raifpatristall gefunden, in dessen mittleren Innenteil sich eine Höhlung befindet, die etwa ein Zwanzigstel Liter einer wasserhellen Flüssigkeit enthält. Diese Flüssigkeit, die zweifellos seit mindestens einer Million Jahre in dieser Höhlung eingeschlossen ist, besteht vermutlich aus Wasser, dem gelöste Mineralteilchen beigemischt sind. Das fettere Stück wurde jetzt von der Akademie für Naturwissenschaften in Philadelphia erworben.

O. F. Heinrich: Die verhinderte Schachtel

Es wird so oft von Burgfrieden gesprochen. Besonders heute. Aber er beschränkt sich auf Leute, die sich zum Entflammen ihres Tabaks brennende Zigarren borgen, oder auf solche, die am Bahndamm stehen und hinauf nach Zugfenstern winken und umgekehrt. Das sind so Reste verlorener Nächstenliebe, die sich bis in unsere Tage als Kuriosa erhalten haben. Doch es gibt noch einen dritten Fall, bei dem das Solidaritätsgefühl der Zweifelhler sich emporschlamm. Rämlich folgenden: In einer Ausstellung von Einschlägigem steht irgendwo unter Richtschlagsigem ein 10-Pfennig-Automat. Pfefferminztabletten, Mandelstangen, Schokolade, gemischte Bonbons, gebrannte Mandeln verkünden die Ausschriften. Wer kann da widerstehen? Ich nicht. Ich bevorzuge gebrannte Mandeln, der Zähne wegen, zude die Geldkassette und lasse ein Zehnpfennigstück in den Spalt „Gebrannte Mandeln“ fallen. Ich höre, wie es durch die metallenen Eingeweide des Automaten rollt, bis es schließlich stecken bleibt. Jetzt naht der große Augenblick: Griff langsam ziehen! Ich ziehe langsam... ganz heraus. Eine unheimliche Stille antwortet. Der Griff federt zurück. Ich ziehe abermals. Ohne Erfolg.

In unfer wohlgeordneten Welt hat das zweimalige Ziehen Verdacht erregt. Ein Herr mit früher sehr geschägtem Schnurrbart bleibt stehen, äugt, tritt herzu, fragt unerschrocken: „Na, funktioniert wohl nicht? Rüssen mal kloppen. So...“

Er klofft oder haut (wie man will) mit einer Bizefeldwedel-faust gegen die obere Hälfte des Apparats, der sanft ins Schwanken gerät. Er horcht, haut nochmal, zude die Achseln. Aber er geht nicht weiter, nein, das tut er nicht; das wäre feige. Er bleibt, denn er weiß: hier entwickelt sich etwas Großartiges. Das dumpfe Dröhnen, das zwar den Automaten keineswegs zur Herausgabe der mir legitim zustehenden gebrannten Mandeln veranlassen kann, erfüllt einen anderen Zweck: es lockt in Scharen Leute herbei. Jeder zieht nun an dem Griff, klofft und richtet eingehende Fragen an mich: Ob ich nicht aus Versehen ein falsches Geldstück hineingeworfen hätte? Ob es vielleicht noch nicht „ganz unten“ gewesen wäre, als ich zog? Ob etwa die Rubrik gebrannte Mandeln ihr's Inhalts bar sei?

Eine Dame widerspricht: sie habe kurz zuvor eine Schachtel gebrannter Mandeln aus demselben Automaten erhalten; überdies sähe man hinter der Glasscheibe deutlich, daß das Fach nicht ausverkauft sei. Zum Beweise zieht sie eine gebrannte Mandel aus der Hülle und gerbeißt sie mit kräftigen, wenn auch falschen Zähnen.

Ein langer Herr, schwarzumrändertes Monokel, entschieden Aristokrat, schiebt seine Zeitung in die Tasche, entnimmt, ohne ein Wort zu verlieren, seinem Portemonnaie ein Zehnpfennigstück und steckt es unter Totenstille in den Schiß mit der Ausschrift „Gebrannte Mandeln“. Dann puht er sich das Monokel, klemmt es wieder ins linke Auge und zieht mit ruhiger, sicherer Gebärde an dem Griff.

Der Automat verweigert wiederum die Abgabe. Ich atme auf, denn im Hintergrunde der Versammlung sind schon Vermutungen ausgetauscht, ich hätte gar kein Geld hineingesteckt. Die Leute, die das äußern, fallen der allgemeinen Berach-

tung anheim und werden politisch — je nach dem Standpunkt des Urteilenden — in die extremen Parteien eingereiht.

Nun stehen schon drei Mann in der vordersten Front: der Schnurrbart, der Aristokrat und ich. Ein Zurückweichen hätte die hinter uns aufgestellten Bataillone der Interessierten beleidigt. Wir müssen siegen oder sterben. Es bleibt kein anderer Weg übrig. Zudem stecken im Bauche des eigenfennigen Apparats nun bereits zwanzig Pfennig. Eine treusorgende Hausfrau rechnet aus, was man alles für zwanzig Pfennig kaufen könne. Zwei Mädchen sind der Ansicht, man solle überhaupt kein Geld in Automaten stecken — ein Vorurteil, dem ein Monteur heftig widerspricht. Der Aristokrat sieht stumm und einsam wie eine Tanne über niederen Fichten, und der Schnurrbartige donnert mit beiden Fäusten immer heftiger gegen die Verschaltung des heilsamen Mechanismus. Ich erzähle inzwischen zum letzten Male den Hergang. Alle Zuhörer sind auf unserer Seite und schimpfen, daß sich nirgends ein Angestellter der Automatenfirma blicken lasse; an solchen verkehrreichen Tagen, hier draußen im Ausstellungsgebäude... ein Skandal! Es ist der günstigste Moment zur Gründung eines Vereins der durch nicht-funktionierende Automaten Geschädigten.“

Jetzt tritt aus dem Volkshaufen eine Frau — wie soll ich sie beschreiben? — einfach eine Frau. Sie geht an den Automaten heran und zieht den Griff heraus. Gerade legt der Monteur zu heilerem Gelächter an, da geschieht das Wunder: die verhinderte Schachtel mit gebrannten Mandeln fällt herab. Die Frau zieht abermals. Es klumpert... ein Zehnpfennigstück springt hinterher. Staunen, Befriedigung, Jubel, Applaus an die ausgleichende Gerechtigkeit, Sprichworte und Aphorismen von Rabindranath Tagore über Gottfried Keller bis zu unbekanntem Volkschriftstellern werden vernehmbar.

Der Aristokrat nimmt stumm das Geldstück zurück, küßt unter einer formvollendeten Verbeugung den Hut und schreitet durch die Gasse der Bewunderer! Er hat mitgesteigt. Einige kloppen an den Automaten; vielleicht...

Der Schnurrbart hüpf über einen Wortschwall, der in der Bezeugung gipfelt: Deutschland müsse wieder hochkommen! Ich will jene Frau, die uns aus so verzweifelter Lage gerettet, die uns Beschwörden und Nummer erspart, uns vor Prozesse bewahrt und die Ruhe des deutschen Bürgers wiedergegeben hat, — ich will die Automatenmadonna aus dem gebrannten Mandelhimmel durch eine Einladung zu einer Tasse Kaffee krönen... ich finde sie nicht mehr. Die Sagenhafte bleibt verschwunden. Sie kam, zu erlösen, und kehrte unbemerkt, unbedankt ins Nirvana der großen Ausstellung zurück.

Die Puten haben ihren Ursprung in Mexiko, und Christoph Columbus hat sie in Europa eingeführt.

Unsere Goldmünzen bestanden aus 90 Proz. Gold und 10 Proz. Kupfer; die Silbermünzen bestehen aus 50 Proz. Silber und 50 Proz. Kupfer.

Regierung und Mieterschutz.

Eine erste Wirkung des sozialdemokratischen Vorstoßes.

Gegenüber den Nachrichten, die die Tagespresse über beabsichtigte Änderungen der Wohnungszwangswirtschaft gebracht hat, wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt:

Es steht noch nicht fest, ob die Gesetze, die sich mit der Wohnungszwangswirtschaft befassen, in einer Notverordnung geändert werden. Bei etwaigen Änderungen würden jedoch selbstverständlich die notwendigen sozialen Rücksichten, insbesondere auf die Inhaber kleiner und kleinster Wohnungen, genommen werden.

Im übrigen hat bekanntlich die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bestimmt, daß zunächst das Mietrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet sein muß, ehe das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz aufgehoben werden. Auch daran wird festgehalten werden.

Wir fordern: Senkung des Brotpreises!

Wie lange noch will sich die Regierung über das Gesetz hinwegsetzen?

Nach Feststellungen des Preussischen Statistischen Landesamts kostete in Preußen ein Kilogramm Brot in der Zeit von Oktober 1930 bis März 1931 36,2 Pf., im August 37,1 Pf. Der Brotpreis ist also je Kilogramm um nahezu einen Pfennig gestiegen. Das Zollgesetz vom 28. März 1931 verpflichtet die Reichsregierung zum Eingreifen, wenn der Brotpreis über den Durchschnittspreis vom Oktober bis März steigt. Die Tatsache ist eingetreten. — Wann wird die Regierung dem Gesetz Genüge leisten?

Der Roggenpreis ist vom 1. September bis zum 2. Oktober von 170 auf 185 M. je Tonne gestiegen; der Roggenmehlpreis je Doppelzentner in der gleichen Zeit von 23,75 auf 26,40 M. Die Bäckermeister Groß-Berlins wollten auf Grund der gestiegenen Mehlpreise den Brotpreis erhöhen. Nach Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium unterbleibt die Erhöhung vorläufig. Sie ist also für die nächste Zeit zu erwarten. Die Verhandlungen mit den Bäckermeistern bleiben Spiegelbild der, wenn nicht der Mehlpreise gesenkt wird. Wenn die Landwirtschaft nicht genügend Roggen liefern will oder kann, dann bleiben nur zwei Mittel: entweder verstärktes Angebot durch die Getreidehandels-Gesellschaft oder Zollsenkung!

Die Regierung hat zu handeln. Sie hat Löhne, Gehälter, Unterstufungen in der rigorosesten Weise abgebaut; sie hat Preisentwertung versprochen. Dieses Versprechen ist nicht eingelöst. Die gesamte Arbeiterschaft fordert ihr Recht: die Senkung des überhöhten Brotpreises!

Ein Verständigungsversuch.

Der Reichszentralrat lädt Gewerkschaften und Unternehmer ein.

In einigen Berliner Abendblättern wurde gestern die Nachricht verbreitet, daß der Reichszentralrat die Absicht habe, nach Erlaß der nächsten und vor Erlaß der übernächsten Notverordnung die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände zu Besprechungen einzuladen, um wenn möglich eine Klärung und eine Verständigung in den strittigen Fragen, besonders des Tarifrechts, herbeizuführen.

Die Gewerkschaften werden wahrscheinlich dieser Einladung Folge leisten, obwohl sie sehr skeptisch sind in bezug auf das praktische Ergebnis derartiger Besprechungen. Solche Besprechungen haben bekanntlich auch im Vorjahre stattgefunden, ohne daß ein praktisches Resultat dabei herauskam. Angesichts des neuesten Programms der Unternehmerverbände haben sich die Aussichten auf eine Verständigung sichtlich nicht gebessert. Jedenfalls sind die Gewerkschaften entschlossen, die sozialen Grundrechte der Arbeiterschaft unter allen Umständen zu wahren und besonders das kollektive Arbeitsrecht auf keinen Fall antasten zu lassen.

Abkehr von den Spaltern.

Genosse August Siemsen gegen die Sendewitze. — Mißbrauch seines Namens.

Reichstagsabgeordneter Genosse August Siemsen-Jena erklärt, daß er nach wie vor Mitglied der Partei bleiben wolle. Die Sonderbündler haben ihn, ohne ihn vorher zu fragen, beim Reichstagsbüro auf eigene Faust aus der sozialdemokratischen Fraktion abgemeldet. Wenn etwas den Spaltungswillen der Rosenfeld und Sendewitz zeigt, so dies Spiel mit dem Namen eines Genossen, der gewillt ist, der Partei die Treue zu halten!

Ausschlüsse.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Mitteldeutschlands hat den bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ziegler und Dr. C. Stein mit Zustimmung des sozialdemokratischen Parteivorstandes aus der Partei ausgeschlossen.

Der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Andreas Portune ist vom Parteivorstand aus der Partei ausgeschlossen worden.

Eine Anehrlichkeit.

In der Frankfurter Parteiversammlung vom 30. September hat der Abg. Portune erklärt, er denke nicht daran, aus der Partei auszutreten. Dazu wollen wir feststellen, daß dem Büro des Reichstages unter dem Datum des 30. September eine Erklärung von Portune zugegangen ist, durch die er seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vollzog. Da dieser Brief vor dem Stattfinden der Frankfurter Parteiversammlung abgefaßt sein muß, so steht Portunes Verhalten mit seinen Worten vor seinen Frankfurter Wählern im schroffsten Widerspruch.

Keine Ruffencredite.

Paris, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Handelsministerium dementiert die in einigen Zeitungen erschienenen Mitteilungen, wonach der Sowjetregierung von Frankreich Kredite gewährt werden sollen, um die Handelsbeziehungen mit der französischen Industrie zu verbessern. Weder die Regierung noch die von ihr befragten Industriellen hätten die Absicht, der russischen Regierung in direkter oder indirekter Form Kredite zu verschaffen.

Die „Matin“ mittels, wird während der Reise des Ministerpräsidenten Laval nach Amerika Landwirtschaftsminister Tardieu interimistisch das Ministerpräsidentium vorwalten.

Schutz den Arbeitslosen!

Sozialreaktionäre Pläne abgewehrt. — Keine Kürzung der Unterstützungssätze. Bezugsdauer für Krisenfürsorge verlängert. — Wo bleibt die Winterhilfe?

Zu der Verkürzung der Bezugsdauer in der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen ist folgendes mitzuteilen: Ursprünglich hatte die Reichsregierung beabsichtigt, an der Arbeitslosenversicherung durch den Vorstand der Reichsanstalt drei Änderungen vornehmen zu lassen. Erstens sollten die Unterstützungssätze allgemein auf die Höhe der Krisenfürsorge herabgedrückt werden. Zweitens sollte darüber hinaus noch eine Verkürzung der Sätze für die Bedingten eintreten. Drittens war eine Verkürzung der Bezugsdauer von 26 auf 18 Wochen, für Saisonarbeiter auf 14 Wochen geplant.

Den Vorstellungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist es gelungen, die Regierung zum Verzicht auf die beiden ersten Pläne zu bewegen und die Erhöhung der Bezugsdauer um zwei Wochen zu mildern. Außerdem soll die jetzige Maßnahme der Reichsanstalt ihre Ergänzung dadurch finden, daß die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung entsprechend verlängert wird, so daß die Erwerbslosen nicht früher in die Wohlfahrtsverbandsfürsorge übergehen müssen als bisher. Eine entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums wird schon in den nächsten Tagen erlassen werden.

Gegenwärtig beträgt die Dauer der Krisenfürsorge 32 Wochen. In besonderen Fällen, namentlich für über 40 Jahre alte Personen, kann sie bis zu 39 Wochen verlängert werden. Für berufstätige Arbeitslose tritt auf Grund der Notverordnung vom Juni zu den 32 oder 39 Wochen eine Verlängerung um 6 Wochen, so daß hier im allgemeinen die Laufdauer der Krisenfürsorge schon jetzt 38 bis 45 Wochen beträgt. Die geplante weitere Verlängerung der Krisenfürsorge wird voraussichtlich der Verkürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung entsprechen. Die Dauer der Krisenfürsorge wird also im allgemeinen um 6 und für Saisonarbeiter um 4 Wochen verlängert werden. Das bedeutet eine Verlängerung für die einzelnen Kategorien auf 38 bis 49 Wochen.

Ein Abwehrrfolg der Arbeiterschaft.

Die Arbeitslosenversicherung rechnet für den kommenden Winter bei einer Höchstzahl von etwa 6 1/2 Millionen Erwerbslosen mit einem Fehlbetrag von 111 Millionen. Der Ausgleich dieses Defizits soll durch die Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen erreicht werden. Falls gelassen sind aber die Pläne auf Erhöhung der Unterstützungssätze. Im Unternehmerlager führt man diese Entscheidung auf den politischen Einfluß der Sozialdemokratie auf die Reichsregierung zurück. Angesichts des Widerstandes der Sozialdemokratie, so schreibt z. B. die „Kölnische Zeitung“, hätte der Kanzler die finanziell wichtigste Bestimmung der in Vorbe-

reitung befindlichen Notverordnung geopfert. Das Blatt warnt deshalb den Reichskanzler auf das entschiedenste vor einer solchen „Kapitulation“ vor politischen Kräften.

Diese Warnung kommt erfreulicherweise zu spät. Die Senkung der Unterstützungssätze bei der Arbeitslosenversicherung ist verhindert und damit eine große Gefahr für die soziale Existenz der gesamten Arbeiterklasse abgewehrt worden. Wir haben immer gewußt, daß das Unternehmertum die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung erstrebt, weil die Arbeitslosenunterstützung das beste Bollwerk gegen die Lohnherabsetzung ist. Das bestätigt jetzt die „Kölnische Zeitung“. Sie schreibt:

„Das Entscheidende ist, ob man sich dazu entschließt, die verschiedenen Arten von Arbeitslosenrenten näher aneinanderzurücken und auf einen Stand zu bringen, der es ermöglicht, in dem erforderlichen Umfang Lohnsenkungen vorzunehmen, ohne daß der Arbeitslohn unter die Arbeitslosenrente herabsinkt.“

So deutlich ist bisher wohl niemals die Absicht des Unternehmertums ausgesprochen worden. Man will den Lohn auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung herabdrücken. Damit das leichter vor sich geht, soll zuerst die Arbeitslosenunterstützung weiter gesenkt und die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse geschwächt werden. Der Kampf für die ausreichende Arbeitslosenunterstützung ist dann zugleich Kampf um die Erhaltung des Lohnes.

Schutz vor Hunger und Kälte!

Mit dem Abwehrrfolg der Arbeiterschaft ist Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge für den Winter gesichert. Angesichts der ungeheuren Not aber muß mehr geschehen! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein Programm für eine großzügige Aktion des Reiches zu zuzüglicher Naturalhilfe für die notleidende Bevölkerung unterstellt. Alle privaten Sammlungen und Hilfsaktionen können nicht leisten, was die Reichshilfe leisten kann!

Diese Naturalhilfe soll eine besondere Schutzmaßnahme gegen die Schwierigkeiten des kommenden Winters als zuzügliche Leistung zu den Geldunterstützungen sein. Kartoffeln für die Hungernden — nicht Schnaps, das ist der Sinn unseres Planes, der ohne Neumanprobenahme von Reichsmitteln durchzuführen wäre. Auch die Kohlenversorgung begegnet keinen erheblichen Schwierigkeiten.

Wir erheben diese Forderungen mit Nachdruck! Wir sind uns der Unterstützung des ganzen Volkes für diese Forderungen sicher. Die Erfüllung dieser Forderungen wird mehr leisten, als alles künstliche Herumexperimentieren an Brot- und Kartoffelpreisen. Gebt den Notleidenden Kohlen und Kartoffeln — das ist das Gebot der Stunde!

Oktoberwahlen in England.

Die „nationale“ Regierung auf der Suche nach der Wahlparole.

London, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Es steht jetzt so gut wie fest, daß England Ende des Monats Wahlen haben wird, und daß dabei die „nationale Regierung“ die Vertrauensfrage an die Wähler stellen wird. Es ist nicht so klar, mit welcher Begründung die „nationale Regierung“ dieses Vertrauen verlangen wird. Ihre Politik ist einstweilen noch immer ein Geheimnis, dessen Grund allerdings leicht zu durchschauen ist. Denn gibt es auch die „nationale Regierung“, so gibt es nicht die nationale Politik, und was die Regierung dem Lande vorlegen wird ist nichts anderes als eine verbesserte konservativ-politische. Sie soll genauer umschrieben werden durch eine Formel, nach der jetzt schieferhaft gesucht wird, und die so beschaffen sein soll, daß möglichst verschiedene politische Anschauungen auf ihr vereinigt werden können. Solche Vorgänge sind wenig geeignet, das Prestige der Regierung zu vermehren.

Die Verbesserung der konservativen Politik hat den Konservativen ermöglicht, MacDonald als Führer und die liberalen Minister als Kabinettsmitglieder in der „nationalen Regierung“ zu behalten. Sie hat aber, wie es jetzt den Anschein hat, die Liberale Partei endgültig auseinandergerissen. Lloyd George ist nach wie vor gegen frühere Wahlen und mißbilligt die Haltung Sir Herbert Samuel und die Konsequenzen, die er den konservativen Kabinettsmitgliedern gemacht hat. Wie Lloyd George sich während der Wahlen verhalten wird, steht noch nicht fest, wenn er auch die Aufstellung einer großen Anzahl von Kandidaten in Aussicht gestellt hat.

Nicht nur aus dem Lager der Labour Party, sondern auch aus dem liberalen werden heftige Angriffe gegen die Konservativen gemacht, weil sie aus der Notlage des Landes Parteikapital schlagen. Der liberale „Star“ macht ebenfalls diesen Vorwurf und fügt, auf die Rolle des Königs beim Entstehen der „nationalen Regierung“ und bei der Entscheidung über die

Wahlen sich beziehend, hinzu, daß die Tories auch schon früher die Krone als Waffe ihrem Arsenal einverleibt haben.

Polizeigericht über Arbeitslosendemonstration.

London, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Vor den Polizeigerichten in Glasgow und Manchester fanden am Freitag die Vernehmungen der bei den Unruhen am Donnerstag verhafteten 24 Personen statt, unter denen sich auch das Parlamentsmitglied Mac Gowan befand. Die Zugänge zu den Gebäuden waren durch hölzerne Barrieren abgesperrt. Die Umgebung wurde von verstärkten Polizeiaufgeboten bewacht. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Demonstration in Glasgow hatten sich 50 000 Menschen versammelt, um einen Demonstrationzug durch die Stadt zu veranstalten. Die Unruhe entstand, als dieser Umzug von der Polizei nicht zugelassen wurde. Mehrere Personen wurden verwundet und einiger Sachschaden angerichtet. Der Protest richtete sich gegen die Kürzung der Bezüge der Arbeitslosen, die in der nächsten Woche eintreten wird. Ferner wird von nächster Woche an bei einem Drittel der Arbeitslosen die Auszahlung der Unterstützung von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht.

Der Prozeß um den Stahlhelmtag.

2 Jahre Zuchthaus gegen den kommunistischen Hauptangeklagten.

Breslau, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Breslauer Kommunistenprozeß, der die kommunistischen Ueberfälle auf einen Stahlhelmtag beim sogenannten Frontsoldatentag in Breslau im Mai d. J. zum Gegenstand hatte, fand am Freitag seinen Abschluß. Das Gericht verurteilte gegen schweren Landesfriedensbruchs die Angeklagten Hübner zu 2 Jahren Zuchthaus, Fein zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis, Fabian zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, Kurt Markus zu 10 Monaten Gefängnis, Erich Rother zu 2 Jahren Gefängnis und Max Rother zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis; wegen Landesfriedensbruchs den Angeklagten Paulsch zu 7 Monaten Gefängnis und die Angeklagte Gruschke zu 10 Monaten Gefängnis. Weitere acht Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 3, 5 und 6 Monaten. 9 Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht hat, wie es in der Urteilsbegründung heißt, so schwere Strafen gewählt, um für die Zukunft eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Die Angeklagten nahmen das Urteil gelassen auf.

Deutsch-französischer Zusammenschluß. Da die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur wegen der neu angebahnten offiziellen Wirtschaftsverhandlungen, sondern mit Rücksicht auf Reparations- und Rüstungsfragen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen, haben sich in Frankreich die um die deutsch-französische Zusammenarbeit bemühten Gruppen zusammengeschlossen. In Berlin haben die deutsche Gruppe des deutsch-französischen Studientomitees (Magrisch-Komitee), die deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer und die Deutsche Liga für Bälterbund und eine „Arbeitsgemeinschaft für deutsch-französische Fragen“ gebildet. Ein gemeinsamer Ausschuß von Vertretern der drei Gruppen soll für einheitliche Richtlinien in der Beurteilung des deutsch-französischen Verhältnisses wirken und bestrebt sein, ihnen praktische Geltung zu verschaffen. Die Federführung der Arbeitsgemeinschaft ist dem Sekretariat des deutsch-französischen Studientomitees, Berlin W 10, Mathäikirchstr. 12, übertragen.

„Oberon.“

Staatsoper.

Die Sensation der im übrigen nicht sehr sensationellen Auf-führung war Bruno Walter, seit dreißig Jahren zum ersten-mal wieder am Pult der Staatsoper. Er wurde stürmisch gefeiert. A. W.

C. Köppler: „Das verfl... Geld!“

Uraufführung im Theater in der Behrenstraße.

Am Theater in der Behrenstraße läßt der berühmte Carl Köppler ein nettes Lustspiel vom Stapel, das jedem Bodisch das Herz höher schlagen läßt. Die Hauptdarstellerin Ellen Schwannete zwischert die Töne ihrer Rolle genau so ausdrücklich und falsch, wie sie vom Dichter komponiert sind. Aber das Publikum ist glücklich. Es lebe die Gartenlaube! Dgt.

Kampf gegen Sozialreaktion.

Ausschußtagung des ADOB.

Am Freitag trat der Bundesausschuß des ADOB unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongress zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende Grafmann erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen im Umlauf waren. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen. Was die

Lockerung des Tarifrechts

angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Unternehmer, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustrien zurückgehen, oder ob der Sturz des englischen Pfundes die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf einem anderen Wege die wirtschaftliche Lage nicht erleichtert werden kann. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeit der Tarifverträge, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechts, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Unternehmern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde und endlich eine Senkung der Löhne, der eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen solle — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Kein Zweifel, daß

diese „Lockerung“ der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechts gleichkäme.

Was vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Unternehmerverbände ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, aus welcher und gehauchter Furcht vor einer neuen Inflation sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuordnung des Tarifrechts in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist freilich die Gefahr noch nicht endgültig abgewendet, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabhängigkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 Proz. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 Proz. der freien Vereinbarung zu überlassen. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaus zu be-

schleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel ist. Man stehe angeblich vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparfinns führen würde, oder einer Deflation, die einer Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang

Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau.

denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezöllen energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Grafmann berichtet sodann über die Verhandlungen zur Arbeitslosenversicherung, die wir im politischen Teil des Blattes veröffentlichten.

In den Bericht Grafmanns schloß sich eine sehr eingehende Aussprache. Die Debatte ergab die

einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht.

Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechts unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung habe sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Überstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der

40-Stunden-Woche mit Entschiedenheit verfolgen.

Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, denn nur das könne der Effekt der fortwährenden Drofflung der öffentlichen Ausgaben sein.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leipart ein auf den Besuch von Laval und Briand in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefördert und sie erblicken in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben.

Lohnabschluß in den Kraftwerken.

Ein erträgliches Ergebnis.

Ueber das Ergebnis der Lohnverhandlungen mit den Direktoren der Berliner Städtischen Gas- und Wasserwerke und der Bewag, die gestern endgültig abgeschlossen wurden, berichtete gestern abend der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes Genosse Schaum in einer überfüllten Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre dieser drei Betriebe.

Von den Städtischen Gas- und Wasserwerken war, wie man sich noch erinnern wird, ab 1. Oktober ein Abbau sämtlicher Löhne um 12 Pfennig pro Stunde gefordert worden. Begründet wurde diese ungeheuerliche Forderung damit, daß die beiden Werke nur mit Hilfe eines so starken Lohnabbaues in der Lage seien, den von der Stadt Berlin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Wohlfahrtsempfängern an sie gestellten Anforderungen nachzukommen. Nach mehrmaligen äußerst schwierigen Verhandlungen ist es jedoch den Gewerkschaftsvertretern gelungen, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, das sich wesentlich unterscheidet von den ursprünglichen Forderungen der Direktoren der beiden Werke. Das endgültige Verhandlungsergebnis enthält im wesentlichen folgende Veränderungen des bisherigen Lohnabkommens der Arbeiter in den Städtischen Gas- und Wasserwerken:

Das Sonderabkommen über die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt in Kraft. Die zur Zeit bestehenden Lohnsätze werden mit Wirkung vom 1. Oktober, soweit der Stundenlohn unter 1,11 Mark liegt, um 3 Pfennig gekürzt, im übrigen um 4 Pfennig.

Die Berechnung der Wochenlöhne erfolgt entsprechend diesen Kürzungen. Die Frauen- und Kinderzulagen werden vom gleichen Tage ab um je einen Pfennig gekürzt. Die übrigen Bestimmungen des alten Lohnabkommens bleiben unverändert in Kraft. Das neue Lohnabkommen soll bis zum 31. März 1932 gelten und sich um 6 Monate verlängern, wenn es nicht einen Monat vor seinem Ablauf gekündigt wird.

Bei der Bewag, deren Aktienmehrheit sich in Privatbesitz befindet, gestalteten sich die Verhandlungen, die erst gestern abgeschlossen wurden, noch viel schwieriger als bei den Gas- und Wasserwerken. Die Direktion, die von dem Ergebnis der Verhandlungen mit diesen beiden Werken anscheinend schon unterrichtet war, forderte vorsichtigerweise nicht mehr 12 Pfennig Lohnabbau, sondern nach anfänglichem Stillschweigen über diese Forderung fünf Pfennig Lohnabbau pro Stunde für alle Arbeiter. Von diesem Angebot wollte sie jedoch unter keinen Umständen noch etwas ablassen. Die weiteren Verhandlungen hatten aber auch hier noch einen Erfolg. Das Resultat der Verhandlungen mit der Direktion der Bewag ist folgendes:

Das Abkommen über die Arbeitszeitverkürzung bleibt bei der Bewag gleichfalls in Kraft. Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter werden ab 4. Oktober um 4 Pfennig gekürzt. Die Frauen- und Kinderzulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.

Für die Jugendlichen werden besondere Jugendlichenlöhne eingeführt, die je nach dem Alter im Prozentverhältnis zu den Löhnen der erwachsenen Arbeiter stehen. Vom 21. Lebensjahr an werden den Jugendlichen die Löhne der erwachsenen Arbeiter voll gezahlt. Die Wochenlöhne ändern sich ebenfalls im gleichen Verhältnis wie die Stundenlöhne. Die übrigen Bestimmungen des alten Lohnabkommens bleiben auch bei der Bewag un-

verändert bestehen. Das neue Lohnabkommen soll erstmalig am 2. Januar zum 31. Januar 1932 kündbar sein.

Die Verhandlungen mit der Gasbetriebsgesellschaft und den Charlottenburger Wasserwerken sind noch nicht endgültig abgeschlossen.

Nach einer regen Aussprache, in der fast ausnahmslos die Verhandlungstaktik der Unterhändler der freien Gewerkschaften als richtig anerkannt wurde, billigten die Funktionäre gegen vier Stimmen das Verhandlungsergebnis. Die endgültige Entscheidung über das Ergebnis der Verhandlungen durch die für rund 10 000 Berliner Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter die Entlohnungsbedingungen neu geregelt werden sollen, trifft am Sonntag vormittag im Clou eine allgemeine Mitgliederversammlung der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter dieser drei Betriebe.

Vorstoß der Reichsbahnbeamten.

Gemeinsame Aktion der Eisenbahnerorganisationen.

Die Organisationen der Reichsbahnbeamten haben beim Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft und beim Reichsfinanzminister einen gemeinsamen Vorstoß gegen eine weitere Verschlechterung in den Bezügen der Beamten und Pensionäre unternommen.

Sie führen an, daß sie seit Jahren durch die Sparpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft starke Nachteile in ihren Dienst- und Rechtsverhältnissen in Kauf nehmen müssen.

Sie wenden sich gegen eine uneingeschränkte Durchführung der bisherigen Gehaltskürzungen im Notverordnungsweg, weil ein erheblicher Teil der Reichsbahnbeamten seit 1927 niedrigere Bezüge erhält, als das Reichsbesoldungsgesetz für die entsprechenden Gruppen vorsieht. Die gesetzliche Anlehnungspflicht der Reichsbahn an die Besoldungsverhältnisse im Reich dürfte sich nicht nur auf Gehaltskürzungen beschränken, sondern müsse die gesamte Besoldungsregelung umfassen.

Inbesondere müsse auch die Ausnahmestellung endlich beseitigt werden, die in der Arbeitszeitregelung für die Reichsbahnbeamten bestehe. Die wiederholten Vorschläge der Organisationen auf Herabsetzung der 48 Stunden weit übersteigenden Dienstzeiten sind von der Reichsbahnverwaltung aus finanziellen Gründen immer wieder abgelehnt worden. Seit 1930 sind die Bezüge schon mehrfach gekürzt worden, ohne daß auf der anderen Seite das geringste Entgegenkommen auf dem Gebiet der Arbeitszeitregelung gezeigt worden wäre.

Neuer Puhertarif.

Trotz erheblicher Verschlechterungen angenommen.

In einer äußerst ungünstigen Zeit, wo etwa 80 Proz. der Berliner Bauarbeiter ohne Beschäftigung sind, haben die Berliner Puhertarife mit den Bauunternehmern um den Neuabschluß ihres Tarifvertrages ringen müssen. Von beiden Seiten war der Puhertarif zum 30. September gekündigt worden. Die Puhertarife forderten neben der unveränderten Ver-

längerung des Vertrages nur einige redaktionelle Änderungen, die Unternehmer jedoch ganz beträchtliche Verschlechterungen.

Die Arbeit der Puhertarife ist zum größten Teil Akkordarbeit, deren Bezahlung in einem umfangreichen Positionenschema des Puhertarifs festgelegt ist. Von diesen Positionen verlangten die Unternehmer Abstriche bis zu 50 Proz., teilweise sollten die Positionen gänzlich gestrichen werden und die Bezahlung von Fall zu Fall der freien Vereinbarung unterliegen. Den für Lohnarbeiten festgesetzten Stundenlohn wollten die Bauunternehmer um 10 Pf. abgebaut wissen.

In zehntägigen Verhandlungen ist schließlich ein Verhandlungsergebnis zustande gekommen, das sich zwar wesentlich von dem Wunschbild der Unternehmer unterscheidet, aber immerhin den Berliner Puhertarife schwere materielle Opfer auferlegt. Der tarifliche Stundenlohn der Puhertarife soll danach um 10 Pf. auf 1,75 M. gesenkt werden. Dieser Lohn soll vorläufig bis zum 2. März 1932 gelten; sollte nach diesem Zeitpunkt eine Änderung des Maurerlohnes eintreten, dann ändern sich um den gleichen Prozentsatz auch die Puhertarife. In den vielen Akkordpositionen sollen Abstriche vorgenommen werden, die teilweise bis zu zwanzig Prozent betragen. An Verbesserungen bringt das Verhandlungsergebnis eine für die Puhertarife günstigere Fassung der Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten, die Arbeitsvermittlung und die Stellung der Kolonnenführer. Gelten soll der Vertrag ab 7. Oktober d. J. bis zum 30. September 1933.

In der Versammlung der im Bauergewerksbund organisierten Puhertarife in Aliens Festsaal am Donnerstag gab der Fachgruppenleiter Genosse Lehnig einen eingehenden Bericht über die äußerst schweren Verhandlungen. Er schloß sich der Auffassung der Obleute der Fachgruppe an, die mit großer Mehrheit beschlossen haben, trotz der Verschlechterung des Vertrages dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen, um den tariflosen Zustand mit seinen viel schlimmeren Folgen abzuwenden. Nach einer mehrstündigen Debatte, in der die Meinungen der Versammelten stark auseinandergingen, stimmte die Fachgruppenversammlung gegen eine starke Minderheit dem Verhandlungsergebnis zu.

Zusammenbruch kommunistischer Streiks.

Im Ruhrgebiet streiken nur noch drei Prozent.

Bochum, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Die milden kommunistischen Streiks auf den Ruhrgebiets sind am Erlöschen. Es streikten in der Freitag-Mittagschicht auf vier Zechen noch 1725 Mann, das sind drei Prozent der Gesamtbelegschaft des Ruhrgebiets, gegen 3740 oder 6,29 Prozent am Donnerstagmittag. Der Streik beschränkte sich am Freitagmittag auf die Zechen Radbod, de Wendel, Friedrich-Heinrich und Norddeutsches Land. Auf Radbod hat die Belegschaft beschlossen, am Samstag wieder einzufahren. In der Freitag-Frühschicht fehlten 4368 Bergleute (3,88 Prozent) gegen 3880 (3,43 Prozent) am Donnerstag. Auf der Zeche Neumühl bei Dinslaken sind 100 Streikende der Frühchicht listlos entlassen worden. Es ist anzunehmen, daß noch weitere Entlassungen von Streikenden folgen werden. Gegen fünf Uhr wurde an zwei Stellen die Zechenbahn der Zeche Krassert mit Dynamit gesprengt. 80 Meter Gleise wurden zerstört. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt. In der Nacht zum Freitag wurden an einer Zechenbahnbrücke der Zeche Scholven vier Reichsbannerleute beschossen. Einer wurde durch einen Streifschuß am Kopfe verletzt.

Schmähliches Ende in den Wurstfabriken

Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Fleischwarenindustrie in Berlin haben wiederholt den Nachweis erbracht, daß sie unter freigewerkschaftlicher Führung zu kämpfen verstehen und sich einem Diktat der Unternehmer nicht beugen. Deshalb unternahm die AFD, die Spaltung. Das kommunistische Organisationsbüro wollte nun den Beweis erbringen, daß es Streiks besser zu führen versteht als der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Daher der Streik in einigen Berliner Wurstfabriken, wo die sogenannte AFD über eine gewisse Anhängererschaft verfügt.

Die Herrlichkeit hat nicht lange gedauert. Gefordert war die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Verlängerung des bisherigen Lohn- und Manteltarifs um ein Jahr (was freilich mit dem kommunistischen Verratsgeschrei bei ihrem Abschluß schlecht übereinstimmt), Anerkennung der AFD als Tarifkontrahent.

Am Donnerstag früh begannen die Streiks. Am Donnerstagmittag wurde die Arbeit bei der Firma Wilhelm Flegler in Weihensee wieder bedingungslos aufgenommen. Bei der Firma Rudolf Hanka in Weihensee wurde gleichfalls die Arbeit am Mittag wieder aufgenommen, ohne daß irgend etwas erreicht worden wäre. Der einzige „Erfolg“ ist eine Vereinbarung, wonach die Firma sich vorbehält, gegen die „Rädelsführer“ vorzugehen! Bei den Echa-Werken in Brigg wurden die etwa hundert Streikenden endgültig entlassen und an deren Stelle Neueinstellungen vorgenommen.

Das ist das vorläufige Ergebnis kommunistischer Streikführung! Es versteht sich von selbst, daß der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter mit allem Nachdruck bei den kommenden Verhandlungen vor dem Schlichter die Interessen der Arbeiter wahrnehmen wird.

Keine Lohnkürzung im Lausiger Tuchgewerbe.

Kottbus, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Da mit dem 31. August 1931 der Lohnvertrag der Lausiger Tuchindustrie abgelaufen war, fanden am Freitag vor dem Schlichtungsausschuß Kottbus Verhandlungen statt. Nach mehrstündiger Verhandlungsdauer fällt die Schlichtungsausschußkammer unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Engelbert folgenden Schiedspruch:

Die bisherigen Tariflöhne (Lohnsatz vom 10. März 1931) werden mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche wieder in Kraft gesetzt. Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1931. Sie kann erstmalig zu diesem Termin unter Einhaltung der bisherigen Kündigungsbestimmungen gekündigt werden. Erklärungsfrist bis zum 9. Oktober 1931.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Offizielles: Sonnabend, 3. Sonntag, 4. Oktober, in der Jugenderbegegnung am Wannensee. — Die Entlohnung der Wirtschaft. — Zuggruppe des Gesamtverbandes: Sonnabend, 3. Oktober, 18½ Uhr, Treffen zur Fahrt nach dem Waldsee am Eingang des Stettiner Forstbahnhofs. — Gruppe Weihensee: Fahrt nach dem Waldsee. — Boten, Sonntag, 4. Oktober. — Offizielles: Jugenderbegegnung, Freitag, 11. u. 12. Oktober. — Wir beginnen mit unserer Winterarbeit.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: G. Altmüller; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revision: Dr. John Schimanski; Sozial- und Sonstiges: Fritz Rarhödt; Anzeigen: Ed. Glaser; Schriftlich: Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Deut. Einzelvertrieb: G. m. b. H., Berlin. — Einzelhefte 2 Pfennig.

Reichsbank vor neuen Entschlüssen.

Schwere Gold- und Devisenverluste in der letzten Septembertwoche.

Der Ausweis der deutschen Reichsbank vom 30. September zeigt ein sehr bedenkliches Aussehen. In der vierten Septembertwoche hat die Reichsbank nicht weniger als 232,7 Millionen an Gold und deckungsfähigen Devisen verloren. Die Verluste an Gold und Devisen in den beiden vorhergehenden Wochen stellten sich auf insgesamt 98 Millionen, während in der ersten Septembertwoche auf Gold- und Devisenkonto noch ein Zugang von 48,6 Millionen erfolgte. Zusammen erreichen also die Gold- und Devisenverluste der Reichsbank im Monat September annähernd die 300-Millionen-Grenze. Diese Abgänge an Devisen stellen den Reinerfluß der Reichsbank nach Berechnung zwischen den Gold- und Deviseneingängen und den Abgängen — also den sogenannten Saldo — dar.

Zu den schweren Verlusten der letzten Woche gibt die Reichsbank folgende Erklärung: „In der Hauptsache handelt es sich hierbei um die Auswirkungen der bei Inkrafttreten des Stillhalteabkommens erfolgten Freigaben und um die Auflösung der rückständigen Termingeschäfte (an Devisen), die ein einmaliger Vorgang ist, der am 3. Oktober abläuft und etwa 200 Millionen Mark umfaßt.“ — Wir haben bei dem Abschluß des Stillhalteabkommens bereits darauf hingewiesen, daß die von den ausländischen Gläubigern erzwungene Freigabe der in Deutschland vorhandenen ausländischen Marktguthaben eine Gefahrenquelle für den Devisenbestand der Reichsbank darstellt. Durch diese Brüche von Marktguthaben läßt sich ein Teil der jetzt eingetretenen Devisenverluste erklären. Hinzukommt, daß der Reichsbank bei der Schätzung des Umlanges der abzuwickelnden Devisentermingeschäfte ein Rechenfehler unterlaufen ist, denn mit einer derart starken Beanspruchung hat die Reichsbankleitung offenbar nicht gerechnet.

Diese Vorgänge allein erklären aber die außerordentliche Verschärfung der Devisenlage bei der Reichsbank nicht. Ganz andere schwerwiegende Momente spielen hier mit hinein. Es hat sich gezeigt, daß die Kapitalverschieber nach dem Erlaß der Devisennotverordnung im August Mittel und Wege gefunden haben, um durch die Böcher, die diese erste Verordnung offen ließ, hindurchzuschlüpfen.

So sind massenhaft deutsche Wertpapiere nach dem Ausland gebracht, dort als ausländischer Besitz umfrieselt und verkauft worden.

Der Gegenwert mußte natürlich so lange in Devisen beglichen werden, als die Reichsbank sich nicht dazu entschloß, die Bezahlung in Devisen aufzuheben. Die Reichsbank hat sich seinerzeit hierzu aber nicht durchbringen können, da bei Nichtabdeckung der verkauften deutschen Wertpapiere gegen Devisen den Markterlös auf den ausländischen Börsenplätzen angeboten wurde und eine empfindliche Abschwächung der Mark zur Folge hatte. Diese Böcher hat man durch die Zufahrtsverordnung zu stoppen versucht, ob damit wirklich der Kapitalfluß endgültig ein Riegel vorgeschoben ist, muß sich allerdings noch erweisen. Jedenfalls hat die Reichsbank durch ihre Forderung, die deutschen Börsen geschlossen zu halten, sich wenigstens in der Frage der Effektenverkäufe eine gewisse Ruhepause gesichert. Andererseits aber erhebt sich die Frage, wo die Devisenablieferungen deutscher Devisenbesitzer geblieben sind. Man muß sagen, daß der bisherige Erfolg der Devisennotverordnung, die bekanntlich drakonische Strafen für alle diejenigen Personen vorsieht, die ihrer Anzeigepflicht nicht genügen, mehr als kümmerlich ist.

Wir richten hiermit an die Regierung und die Leitung der Reichsbank die Frage, ob es nicht in einem einzigen Falle gelungen ist, einen Kapitalverschieber zu stellen.

Wenn die Reichsbank dahintergekommen ist, daß die Kapitalflüchtlinge neue Schilde und Wege über den Effektenverkauf im Auslande ge-

funden haben, ihr Kapital aus Deutschland fortzubringen, so müssen doch wenigstens in dem einen oder anderen Falle auch die betreffenden Personen ausfindig gemacht sein. Wenn dies aber der Fall ist, so bleibt die andere Frage zu beantworten, warum gegen diese gewissenlosen Schädlinge nicht die ganze Härte des Gesetzes so, wie die Notverordnung es bestimmt, Anwendung gefunden hat. Jedenfalls bleibt der höchst unerfreuliche Eindruck vorherrschend, daß bisher alle Maßnahmen der Regierung

gegen die Pest der Kapitalverschiebung

ins Ausland Schläge ins Wasser gewesen sind. Auch der völlig ungenügende Eingang von Exportdevisen zeigt, daß die Herren Exporteure von den verantwortlichen Instanzen mit Samthandschuhen angefaßt worden sind. Denn anders läßt es sich nicht erklären, daß von dem Segen der deutschen Exportüberschüsse so gut wie gar nichts für die Reichsbank abgefallen ist. Die Exporteure haben einfach die Hunderte von Millionen aus den Exportüberschüssen der beiden letzten Monate im Auslande stehen lassen. Außerdem haben eine große Anzahl deutscher Firmen, die Auslandsschulden in Gestalt von englischen Pfunden und skandinavischen Kronen hatten, die Gelegenheit des Währungssturzes benutzt, um unter Umgehung des Stillhalteabkommens ihre Schulden zu bezahlen, wodurch sie bei der Entwertung dieser Ba-luten ihre runden 20 bis 25 Proz. Profit herauskugeln.

Die Reichsbank wird durch die Entwicklung ihrer Devisenlage vor schwerwiegende Entscheidungen gestellt. Wir glauben nicht, daß die Reichsbank gleich

zu dem äußersten Mittel eines Auslandsnotatoriums

für die fälligen Finszahlungen nach dem Auslande greifen wird, aber es scheint bereits jetzt die Situation gegeben, um die Klausel des Stillhalteabkommens, die die Freigabe der ausländischen Marktguthaben bei Bedrohung der Devisenlage abstoppt, in Anspruch zu nehmen. Auch um die Notwendigkeit, den Diktat sofort stark heraufzusehen, wird die Zentralnotenbank nicht herumkommen.

Im Zusammenhang mit den starken Devisenverlusten hat sich auch die Kapitalanlage der Bank durch starke Kreditausweitung erheblich gesteigert. Allein der Wechselbestand ist um 550,6 Millionen auf 3545,4 Millionen und der Lombardstand um 150,3 auf 300,5 Millionen gestiegen. Dazu kommt noch eine Erhöhung der Reichsschatzwechsel um 115,5 Millionen. Insgesamt stellt sich also die Kreditausweitung in der letzten Septembertwoche auf 825,5 Millionen. Es zeigt sich also, daß die Banken fast ausnahmslos ihre Devisenanprüche mit Wechseln einreichen bei der Reichsbank finanziert haben. Der Rotenumlauf ist in der Berichtswache um fast 449 Millionen auf 5031,4 Millionen gestiegen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen ist dagegen von 40,1 auf 31,2 Proz. gesunken.

Berschärfung der Devisenordnung.

Die neue Lage hat die Reichsregierung zu einer neuen verschärften Verordnung zur Erfassung von Devisen gezwungen. Die neue Verordnung richtet sich hauptsächlich dagegen, daß die Exporteure ihre Deviseneinnahmen im Auslande stehen lassen. Die neue Verordnung bestimmt, daß jetzt sämtliche Exportdevisen ohne Rücksicht auf ihre Höhe binnen drei Tagen der Reichsbank anzumelden sind. Außerdem werden die Richtlinien für den Devisenverkauf erheblich verschärft. Die Freigrenze für den Ankaufszwang von Devisen bei der Reichsbank wird auf 200 Mark herabgesetzt. Devisen dürfen künftig nur volljährige Personen in einer bestimmten Höhe erwerben, womit Schieberereien innerhalb der Familie vorgebeugt werden soll.

Er vertritt die Ansicht, daß auf keinen Fall eine Senkung der Hauszinssteuer um einen höheren Betrag vorgenommen werden darf, als um den, der zum Ausgleich der Aufwertungszinserhöhung von 5 auf 7½ Proz. unbedingt erforderlich ist. Die Hauszinssteuer darf also höchstens um 15 Proz. gesenkt werden. Eine stärkere Senkung zugunsten einer bestimmten Interessentengruppe ist um so weniger zu verantworten, als jede Senkung der Hauszinssteuer zu einer Steigerung der kommunalen Wohlfahrtslasten führt, da die Möglichkeit wegfällt, notleidende Mieter durch Erlaß der Hauszinssteuer zu unterstützen. Bevor nicht die große Frage des gesamten Steuerrechts und des Finanz- und Lastenausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden entschieden ist, darf ein festes Programm für die Umgestaltung der Hauszinssteuer nicht aufgestellt werden.

Auf dem Gebiet der Sparkassenreform sind alle Experimente zu unterlassen. Die Sparkassen sind mit den Städten zusammen groß geworden; die Trennung der Gemeinden vom Sparkassen- und Giroverkehr ist möglichst bald zu beseitigen. Natürlich ist jede Maßnahme zur Verbesserung der Liquidität (Zahlungsbereitschaft) der Sparkassen zu begrüßen.

In einer Entschließung billigt der Preussische Städtetag die Stellungnahme des Preussischen Staatsrats zu den erlassenen Notverordnungen. Der Städtetag wendet sich auf das entschiedenste dagegen, daß „über die von ihm selbst seit langem mit großem Nachdruck betriebenen Sparmaßnahmen und über die durch die Notzeit bedingten Notwendigkeiten hinaus die gesetzlichen kommunalen Vertretungskörperschaften durch ausdrückliche Bestimmung der Ausführungsanweisung ausgeschaltet sind und in die Befassung und Verwaltung der deutschen Gemeinden in einer Weise eingegriffen wird, die jede wirkliche Selbstverwaltung ausschließt“.

Enterbte Pensionäre der Nordwolle.

Bei Lahusens nichts zu holen. — Gläubigerausschuß beschlagnahmt Pensionkasse.

Der Gläubigerausschuß des zusammengebrochenen Nordwolle-Konzerns hat alle Zahlungen und Zuwendungen an die Pensionäre und Unterstützungsberechtigten aus der Pensionkasse der Nordwolle abgelehnt.

Der Gläubigerausschuß behauptet zur Rechtfertigung seines rücksichtslosen Vorgehens, daß das Vermögen der Pensionkasse in die Konkursmasse gehöre. Diese Frage wird bereits in nächster Zeit vor dem Bremer Amtsgericht zur Entscheidung kommen. Um die gänzlich mittellosen Altpensionäre und die anderen gleichfalls hilflosen Unterstützungsberechtigten vor dem Ärgsten zu bewahren, haben die Angestellten des Nordwolle-Konzerns beschlossen, unter sämtlichen Angestellten der Zentrale eine Sammlung zu veranstalten, deren Erlös in erster Linie für diejenigen unglücklichen Pensionäre bestimmt ist, die durch den Beschluß des Gläubigerausschusses vor einem Nichts stehen.

Je mehr Einzelheiten über das Wirtschaftsverderben der Gebrüder Lahusen und seine Folgen zutage treten, um so mehr häufen sich die Skandale um den zusammengebrochenen Nordwolle-Konzern. Geradezu unerträglich ist es, wenn jetzt die Altpensionäre und Unterstützungsberechtigten des Unternehmens, also Arbeitnehmer, die jahrzehntelang im Dienste des Unternehmens ihre ganze Kraft eingesetzt haben, durch die Beschlagnahme der Pensionkasse dem leeren Nichts gegenübergestellt und gezwungen werden, betteln zu gehen. So anerkenntenswert die solidarische Aktion der Nordwolle-Angestellten auch ist, die, gleichfalls auf einem Vulkan sitzend, noch das Kameradschaftsgefühl aufbringen und von ihrem ohnehin geringen Einkommen Unterstützung für ihre hilflosen abgetaunten alten Kollegen aufbringen, so verdammenswert ist auf der anderen Seite das rigorose Vorgehen des Gläubigerausschusses, der sich an die Vermögen der Armen, die wehrlosen Altpensionäre hält, weil er von den Herren Lahusen infolge ihres luxuriösen und verschwenderischen Lebenswandels nichts mehr zu erhoffen hat. Es ist zu erwarten, daß das Arbeitsgericht in seiner Entscheidung das Lebensrecht der Altpensionäre wahren wird.

Der Städtetag protestiert.

Gegen Abschaffung der Selbstverwaltung / Gegen Senkung der Hauszinssteuer / Gegen einseitige Belastung der jungen Generation.

Die Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtetages berieten am 2. Oktober in München wichtige Fragen der Kommunalpolitik. Zu den dringendsten Problemen machte Präsident Dr. Mülert in Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Sahm und Oberbürgermeister Dr. Scharnagl (München) vor der Presse erfreulich eindeutige und entschiedene Äußerungen.

Trotz großer Einsparungen auf allen Gebieten des kommunalen Verwaltungswesens brachte das Rechnungsjahr 1930 den deutschen Gemeinden ein Defizit auf insgesamt 420 Millionen Mark. Im Jahre 1931 wird das Defizit auf mindestens 800 Millionen Mark ansteigen. Dieses Defizit ist allein durch das

ungeheure Anwachsen der Kosten der kommunalen Erwerbslosenfürsorge

verursacht. Hierfür halten die Gemeinden aufzuwenden:

Im Jahre 1928 . . .	160 Millionen Reichsmark
Im Jahre 1929 . . .	270 „
Im Jahre 1930 . . .	605 „
Im Jahre 1931 . . .	1040 „ (geschätzt)

Im dem bekannten Selbsthilfeprogramm haben die deutschen Städte Sparmaßnahmen in Aussicht gestellt, die bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehen. Die Notverordnung vom 24. August hat die Regierungen der Länder ermächtigt, alle Maßnahmen zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden zu verordnen. Die Länder haben aber mit dieser Ermächtigung den Städten nicht allein die Grundlage für den notwendigen Sach- und Personalabbau gegeben, sondern teilweise von dieser Ermächtigung in einer Weise Gebrauch gemacht, die an die Grundlagen der Selbstverwaltung rüttelt. Die Reichsregierung hat es bisher auch unterlassen, die in Aussicht gestellte Verbilligung der Lebenshaltung in Angriff zu nehmen. Die Regierungen sind auch nicht der Forderung des Städtetages gefolgt, daß die überzählig werdenden Beamten und Lehrer, die

das 60. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand zu versetzen seien. Statt dessen ist die ganze Last der Personaleinsparungen auf die Schultern der jungen Kräfte gelegt worden, ein Fehler, der schleunigst wieder gutgemacht werden muß.

Bisher hat das Reich den Gemeinden einen Kostenbeitrag von 200 Millionen Mark zu den Ausgaben der kommunalen Erwerbslosenfürsorge zugesagt. Dadurch wird das Defizit nur zum Teil abgedeckt. Zu einer weiteren Unterstützung der Gemeinden, die durch die im Oktober fälligen Zins- und Tilgungszahlungen in Rassen-schwierigkeiten kommen, hat sich das Reich nicht entschließen können. Diese Rassen-schwierigkeiten werden dadurch vermehrt, daß die Landesregierungen ihren Verpflichtungen den Gemeinden gegenüber nicht pünktlich nachkommen. So hat der preussische Finanzminister die Staatsbeiträge für Gemeinden, die durch die Lasten für die Wohlfahrtsverbände über den Durchschnitt hinaus belastet sind, seit Anfang August nicht mehr gezahlt. Die längst fällige

Reform der Arbeitslosenhilfe

ist noch nicht in Angriff genommen. Unentzählich wäre es, wenn das Defizit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch Verlängerung der Unterstützungsdauer und Senkung der Unterstützungssätze auf die Gemeinden abgemalt würde, deren Fürsorgekosten sich dadurch automatisch erhöhen würden. Eine solche Lastenverschiebung wäre keine Reform, sondern eine Spiegelschere.

Der von vielen Seiten propagierten Naturalversorgung der Arbeitslosen steht der Städtetag skeptisch gegenüber; hier hängt alles von den örtlichen Verhältnissen ab. Viel wichtiger ist, Sorge zu treffen, daß Lebensmittel und Brennstoffe an die Arbeitslosen zu ermäßigten Preisen abgegeben werden (die Gelegenheit, in dieser Richtung durch Sanierung des Branntweinmonopols zu arbeiten, hat man unverantwortlichweise vorübergehen lassen. Die Red.).

Von besonderer Bedeutung ist die Stellungnahme des Städtetages zur

Frage der Hauszinssteuerentung.

SIEMENS

Siemens 31

Der Dreiröhrenempfänger für Bezirks- u. Fernempfang. Preis einschl. Röhren: für Wechselstrom RM 148, — für Gleichstrom RM 148,50

Außer diesem Gerät führen wir weitere Empfänger sowie Lautsprecher für jeden Bedarf und jeden Geschmack.

Vorführung in Fachgeschäften

Riesenskala
macht den Empfang leicht

Frankreich droffelt die Einfuhr.

Deutschlands Export am besten behauptet.

Die französische Außenhandelsbilanz für die ersten acht Monate zeigt bei den Importen der bedeutendsten Lieferantländer nach Frankreich durchweg ein scharfes Abinken der Einfuhren. Deutschland, das nach wie vor der stärkste Importeur nach Frankreich blieb, ist noch verhältnismäßig am besten weggekommen. So ging dem Werte nach Deutschlands Einfuhr in der genannten Zeit auf 4,3 gegen 5,3 Milliarden Franken in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres, also um rund 19 Prozent zurück, während Englands Import von 3,6 auf 2,6 Milliarden Franken, um 28 Prozent sank. Am härtesten sind die Vereinigten Staaten betroffen, deren Importe nach Frankreich sogar um rund 30 Prozent von 4 auf 2,8 Milliarden Franken zusammenschumpften. Trotz des absoluten Zurückgehens der deutschen Einfuhr ist der Anteil Deutschlands an der Gesamteinfuhr der drei Länder Deutschland, England und Vereinigte Staaten in den ersten acht Monaten dieses Jahres sogar noch von 41 auf 44 Prozent gestiegen.

Der neue Sieg, den die Schutzöllner in Frankreich jetzt errungen haben, ist für die weitere Entwicklung der französischen Handelspolitik allerdings sehr ernst zu bewerten. Das Entscheidende ist bei den neuen Einfuhrdrosselungen Frankreichs, die sich diesmal vor allem auf Vieh und tierische Produkte beziehen, im Augenblick nicht einmal, ob die deutsche Ausfuhr nur in mäßigem oder größerem Umfang davon betroffen wird, sondern der Schwerpunkt liegt darin, daß die französische Handelspolitik ganz offensichtlich das Steuer scharf in die Richtung einer hochschützöllnerischen Politik herumgeriffen hat. Wie ernst es Frankreich damit ist, an den getroffenen Maßnahmen — auch bei den kürzlich erlassenen Einfuhrverboten für Wein und Holz — ohne Unterschied des Einfuhrlandes festzuhalten, zeigt sich darin am deutlichsten, daß es nicht einmal den dringenden Vorstellungen Polens gelungen ist, irgendwelche Milderungen für sich herauszuholen.

Wirtschaftsnot und Arbeitszeitverkürzung.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Ueber „Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit“ sprach Genosse Fritz Tarnow im Rahmen des Programms der Deutschen Welle. Er führte aus, daß die gegenwärtige katastrophale Lage des Weltarbeitsmarktes keinesfalls nur eine Folge der augenblicklichen allgemeinen Wirtschaftskrise darstelle. Vielmehr müsse man drei Ursachen der Arbeitslosigkeit unterscheiden. Eine davon sei natürlich die konjunkturelle, die durch Behebung der Umsatzkrise zum Verschwinden gebracht würde. Die beiden anderen jedoch seien dadurch nicht zu beheben, sondern nur zu mildern.

Rationalisierung und Technisierung sind heute bereits so weit vorgeschritten, daß ohne nennenswerte Vermehrung der Arbeitskräfte eine wesentliche Steigerung der Produktion auf den meisten wichtigen Gebieten möglich ist. Viele auf modernste Arbeitsweise eingestellte Unternehmen arbeiten heute wenig rentabel, weil sie ihre Anlagen gar nicht entsprechend ausnützen können. Das würde jedoch bei einem Konjunkturanstieg anders werden.

Daß allerdings von solchem Anstieg nur die Großunternehmen mit modernstem Arbeitsprozeß wesentlich profitieren würden, zeigt sich heute bereits an dem Beispiel der Möbelindustrie. Die Angkklause in den letzten Krisenmonaten haben die Möbelfabrikanten gründlich geräumt, so daß für diese Industrie zur Zeit sogar eine Art Hochkonjunktur besteht. Diese kommt jedoch nur den großen Serienmöbelfabriken zugute.

Die dritte Ursache der Massenarbeitslosigkeit sei die Tatsache, daß eine wesentliche Neuerschließung von Arbeitsgebieten heute fehlt und auch nicht in Aussicht steht. Er wies zum Vergleich auf die Periode von 1871 bis 1913 hin, in der das deutsche Eisenbahnnetz um 44.000 Kilometer erweitert wurde und in der gleichzeitig die Elektrifizierung der deutschen Wirtschaft und die Großentwicklung der chemischen Industrie eintrat. Dadurch wurden naturgemäß zahlreichen Arbeitskräften Betätigungsbereiche erschlossen.

Die Produktivität hat heute solchen Umfang erreicht, daß nur eine sehr bedeutende Erhöhung des Massenkonsums oder aber allgemeiner Arbeitszeitverkürzung die Massenarbeitslosigkeit beheben können. Da mit der notwendigen Konsumsteigerung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, bleibt als einziges Mittel die Arbeitszeitverkürzung. Auf keinen Fall geht es an, das große Heer der Arbeitslosen einer hoffnungslosen Zukunft entgegenzutreiben.

Rückgang der Arbeitszeit war stets die natürliche Folge des technischen Fortschritts und der gesteigerten Arbeitsintensität; von 12 Stunden verminderte sich der Arbeitstag auf 10 und von 10 auf 8. Wenn heute die Gewerkschaften eindringlich die Forderung nach der 40-Stunden-Woche erheben, so entspricht das der Erkenntnis, daß eine gerechtere Aufteilung der bestehenden Arbeitsmöglichkeiten unerlässlich ist.

Lage der Autoindustrie verschlechtert.

Hoher Verlust bei den Stoewer-Werken.

Da die deutsche Autoindustrie es veräu mit hat, ihre Lage und ihre Konkurrenzkraft durch eine großzügige Konzentration zu verbessern, sondern hartnäckig in individualistischer Verblendung die viel zu große Zahl von Unternehmen mit einer stark übersehten Produktionskapazität aufrechterhält, bekommt sie die Krise und den zunehmenden Verfall der Kaufkraft besonders heftig zu spüren.

So hat die Stoewer-Werke A.-G. vom Gebr. Stoewer, Stettin, im Geschäftsjahr 1930 einen Verlust von 0,89 Mill. Mark erlitten, der höher als die Hälfte des Aktienkapitals (1,75 Mill. M.) ist. Es sind noch nicht zwei Jahre her, da die Stoewer-Werke einer einschneidenden Sanierung unterworfen werden mußten. Und diese konnte auch nur mit einer ziemlich großen Subvention durch die Stadt Stettin durchgeführt werden. Das erste Jahr nach der Sanierung hat einen geringen Reingewinn von 25000 M. gebracht. Der für 1930 ausgewiesene Verlust zehrt den fast ganz aus der Sanierung herrührenden Gewinnvortrag und die Reserven auf; es bleiben danach noch 0,33 Mill. Mark auf neue Rechnung vorzutragen.

Auch im laufenden Jahre scheint keine Besserung eingetreten zu sein. Die Verwaltung betont, sie habe sich „dem Zuge der Zeit folgend“ auf einen billigeren Wagen umgestellt, nämlich auf den Vorderantriebswagen mit Schwinge. Sicher aber ist dieser „billigere“ Wagen für einen Kleinwagen nicht billig genug. Jedenfalls ist seit Juni — wie überall — ein Absatzrückgang eingetreten, der zur Einschränkung der Produktion führte. Die geringere Produktion findet Absatz, in zunehmendem Maße auch im Export.

Erziehung und Politik.

Die Tagung der entschiedenen Schulreformer.

Der erste Tag der Tagung des „Bundes entschiedener Schulreformer“ beschäftigte sich mit der Problematik der Politik. Die beteiligten bereits im „Abend“ über die Vormittagstagung, in der im wesentlichen über den Einfluß der Technik auf die heutige Menschheitslage die Rede war.

Der Nachmittag brachte weitere Analysen der Gegenwart. Fritz Helling sprach über „Kulturinhalte und Kulturformen im Spannungsfeld der politischen Parteien“. Er blickte zurück auf ein „altes Spannungsfeld“ und stellte gegenüber: die liberal-demokratische Welt, in die er zum Teil auch die Sozialdemokratie einschloß, und die konservative Welt. Die erstere macht sich Freiheit, Eigentum und Sicherheit zur Grundlage. Im Namen der Freiheit wird das Recht auf Privateigentum und persönlichen Besitz (auch Bildungsbesitz als Berechtigung) als die Sicherheitsbasis empfunden, von der aus eine Neugestaltung der Innen- und Außenwelt in Angriff genommen wird: Entwicklung und Fortschrittsidee, Privatkapitalismus, imperialistische Expansion, politische Gleichheit aller, Sozialpolitik, staatsbürgerliche Erziehung, Toleranz, Völkerverständigung und Völkerbund. Die konservative Welt stellt dem Ruf der Freiheit, die nur Anarchie gebiert, Forderungen entgegen, wie: Entindustrialisierung, Autarkie, religiöse Erziehung und Kulturpflege durch die Glaubensgemeinschaften, Führerauslese durch völkspolitische Selbstverwaltung usw. Es kommt zum Abbau der modernen Entwicklung (Monopolkapitalismus), Ablösung der bürgerlichen Gesellschaft durch ein neues Mittelalter, Verzichtleistung auf moderne Lebensführung um der Volksgesundheit willen.

Der noch bestehende Kampf zwischen den alten Gegnern ist nach dem Redner nur ein Luftkampf zwischen verschiedenartigen romantischen Ideologien. In Wirklichkeit vertragen sie sich. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Koalitionspolitik zu sehen.

Dem stellt Fritz Helling das neue Spannungsfeld gegenüber, in dem sich die jaskistische Welt und die sozialistische Welt bekämpfen. Seine mit Forderungen von konservativem Gehalt, wie Sicherung der Familie, Erhaltung der Frau für das Haus, Antiparlamentarismus, Auslese und „Herrschaft der Elite“, Nationalismus usw. Der revolutionäre Sozialismus dagegen hat als Endziel: Beseitigung der Ausbeutung, Gemeinwirtschaft, Steigerung der Produktion zur Deckung aller wirtschaftlichen Bedürfnisse, Beseitigung der Armut usw.

Als zweiter Redner sprach der Oesterreicher C. C. Tesar über „Wirtschaftsgestaltung und Erziehung“. Er möchte die Erziehung außerhalb der Wirtschaftsgestaltung sehen; denn der Pädagoge sucht nicht Macht, nicht Besitz, sondern den Menschen. Gerade heute, so sagte er, wo es keine festen Werte gibt, müssen Erziehung und Schule dem suchenden Menschen helfen, dadurch, daß jeder Lehrer sich wieder ehrlich und einfach dem Leben gegenüber stellt, menschliche Einsicht und Verantwortung, Lebensweisheit und Lebenserfahrung besitzt.

Die Tagung wird heute unter dem Titel „Erziehung im Kampffeld der Politik“ fortgesetzt, um am Sonntag mit dem Hauptthema „Jugend und Politik“ zu enden. Tagungsort ist der Bürgeraal im Schöneberger Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz.

heute, Sonnabend abend, veranstaltet der Bund entschiedener Schulreformer eine öffentliche Kundgebung in der Aula der Hohenzollern-Oberrealschule, Belsiger, Ecke Eisenacher Straße. Das Thema lautet: „Die politische Aufgabe der Jugend.“ Es werden unter anderen Rednern eine Reihe Parteigenossen sprechen.

Kleingärten für Arbeitslose.

Ein beachtenswerter Rundfunkvortrag.

Ueber „Die Bedeutung des Kleingartens im Hinblick auf die Erwerbslosigkeit“ sprach im Programm der Berliner Funkstunde der erste Vorsitzende des Provinzialverbandes der Kleingärtner, Stadtverordneter W. Reinhold.

Der Redner setzte sich in seinen Ausführungen mit dem heute viel erörterten Siedlerproblem auseinander und warf die Frage auf, ob die gegenwärtigen Verhältnisse wirklich in nennenswertem Maße die Umsiedlung der in der Stadt brochliegenden Arbeitskräfte auf das Land möglich machen. Er führte aus: Selbst wenn es gelingen würde, finanzielle und technische Schwierigkeiten zu überwinden und einige Hunderttausend auf dem Land auf eigenem oder Pachtboden unterzubringen, so ist es bei der gegenwärtigen Lage des landwirtschaftlichen Marktes unmöglich, sich von einem Besitz zu ernähren, der weniger als 12 bis 25 Morgen umfaßt. Bedacht sind aber für die Siedler nur Gebiete von 2 bis 4 Morgen. Deren Ertrag genügt jedoch nur, wenn sie rationell gartenmäßig bewirtschaftet werden können, und dazu sind wieder eingehende Lehrzeit und praktische Erfahrungen nötig — die dem erwerbslosen Industriearbeiter im allgemeinen nicht mehr zugänglich sein dürften. Daher stehen auch die Erwerbslosen selber dem ganzen Plan ziemlich skeptisch gegenüber. Der Vortragende machte nun den Vorschlag, als Hilfsmäßnahme für die Erwerbslosen im allgemeinen und gleichzeitig als eine Art Siedlerschule Kleingärten am Rande der Stadt für die Arbeitslosen bereitzustellen, auf denen sie nach näherer Anweisung Kartoffeln und Gemüse für ihre Familie bauen können.

Damit wäre nicht nur eine mittschaffliche Hilfe für den Arbeitslosen geschaffen, sondern vor allem auch eine geistige Hilfe für die zur Untätigkeit verdamnten Menschen. Das Arbeiten auf eigener Scholle, in der freien Natur würde neue Lebensfreude in ihnen wecken. Natürlich dürfte nicht für solche Gartenpächter

die Unterstützung gekürzt werden, die ohnehin nur ein klägliches Existenzminimum darstellt. Aus eigener Kraft wäre aber so mancher Arbeitsloser instand gesetzt, seine Lebenshaltung etwas zu verbessern, und der Garten gäbe ihm die Möglichkeit, sich und seine Familie gesund zu erhalten. Solche Garten- oder Landbesitzer machten aber auch gleichzeitig eine Siedlerschule durch, die einigermaßen erkennen läßt, wer sich zum Siedler eignet. Fehlen dazu dann doch die staatlichen Mittel, so kann wenigstens mancher als Nebenberufssiedler placiert werden und sein Brot durch die Aufteilung der Arbeitswoche in einige Tage Industrietätigkeit, einige Tage Landarbeit auf eigener Scholle erwerben. Der Vortragende erwähnte, daß man sowohl in England wie in Finnland mit der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Macdonald habe sich persönlich für den betreffenden Ertrag der englischen Regierung eingesetzt, der es den Städten zur Pflicht macht, ihren Erwerbslosen Land zur Verfügung zu stellen. Es herrscht allgemein starke Nachfrage nach diesem Land, das vorerst unentgeltlich abgegeben wird und für das auch Zuschüsse für Saatgut usw. gewährt werden. Eine Verfügung des preussischen Wohlfahrtsministeriums, der zufolge Kleingartenkolonien mit Hilfe von Erwerbslosengeldern angelegt werden können, besteht zwar, doch hält der Redner sie für wenig fruchtbar. Es können, so sagte er, auf diese Weise nur eine viel zu geringe Anzahl Gärten geschaffen werden. Man sollte vielmehr die gesamte Anlage den Erwerbslosen überlassen, die sie viel besser und wirtschaftlicher allein machen können.

Vor allem warnte der Vortragende vor zu vielen theoretisierenden Erwägungen über alle möglichen Einzelheiten. Man beginne mit der Tat und setze sich dann mit den Einzelforderungen der Praxis auseinander, was bei dem Problem der Kleingartenbeschaffung für Arbeitslose wahrscheinlich viel einfacher von Fall zu Fall möglich sei als durch bürokratische Klugeleien.

Justiz in Memmingen.

Bogattelftrafen für unmenschliches Roheitsvergehen.

Memmingen, 2. Oktober.

Wegen eines unglaublichen Roheitsaktes hatten sich mehrere Burtschen aus dem Dorf Lauben an der bairisch-württembergischen Grenze vor dem Schwurgericht Memmingen zu verantworten. So unglaublich die Missetat ist, so unschäbar und unverfänglich ist aber auch die Milde des Gerichts in Memmingen einer Horde ausgemachter Rohlinge und Menschenhinder gegenüber, denen für ihre Unmenschlichkeit Zuchthaus gebührt hätte.

Die 57jährige Dienstmagd Anna Reich konnte, seitdem sie arbeitslos geworden war, keine Stellung mehr finden. Die Frau zog bettelnd von Ort zu Ort; gelegentlich ertränkte sie ihren Kummer im Alkohol. Hin und her gestochen, kam sie eines Tages auch in eine Laubener Gastwirtschaft. Der 27jährige Dienstknecht Johann Kutter, der in Gesellschaft mehrerer Burtschen zechte, nahm sich der alten Frau besonders „liebervoll“ an. Vom Alkohol angeregt, begann er, ihr den Hof zu machen und schließlich brachte er sie so weit, daß sie mit ihm das Wirtshaus verließ. Einige seiner Zecklampen folgten dem Pärchen und belauschten es bei Zärtlichkeiten. Als das „Liebespaar“ wieder in die Wirtsstube zurückkehrte, überfielen die Burtschen die Reich, verprügelten sie und begossen sie mit Wasser. Die gebrechliche Frau bat um Schonung, fand aber bei den rohen Burtschen kein Gehör, ja, ihr „Liebhaber“ Kutter schlug nun ebenfalls auf sie los und stülpte ihr mit höhnischem Lachen wiederholt eine schwere Zinkwanne über den Kopf, so daß die Bemitleidenswerte halb tot liegen blieb. Der Wirt trug sie in den Stall und legte sie dort auf die Streu. Am nächsten morgen fand man die Reich tot auf; sie war an einer schweren Schädelverletzung verblutet.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Kutter ein Jahr drei Monate Gefängnis. Das Schwurgericht bewertete die unmenschliche Tat jedoch milder: Kutter erhielt nur dreieinhalb Monate Gefängnis. Die anderen Burtschen wurden sogar freigesprochen.

Ueber „Menschenkenntnis“ spricht Dr. Alfred Adler: Wien auf Einladung der „Gesellschaft zur Förderung Individualpsychologischer Arbeit“ am 5. Oktober um 20 Uhr im Bürgeraal des Rathauses Schöneberg.

Der Plöhensee nicht „verseucht“.

Aber eine Entschlammung sollte man vornehmen.

Im vergangenen Jahr tauchten Meldungen auf, die von der drohenden Gefahr einer Verseuchung des Freibades Plöhensee durch Verschlammung sprachen. Auf Veranlassung der Bezirksversammlung Wedding wurde eine eingehende Untersuchung in die Wege geleitet.

Das Bezirksamt hatte die „Wasserportplatz Plöhensee G. m. b. H.“, die das Freibad verwaltet, ersucht, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen und mit dem Chemischen Institut des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin in Verbindung zu treten. Dey liegt die Antwort des Hauptgesundheitsamtes über die im Mai durchgeführte Untersuchung vor. Nach den Untersuchungsergebnissen und den Wasserentnahmen an verschiedenen Stellen des Sees hat das Wasser des Plöhensees eine sehr gute Beschaffenheit und konnte in keiner Weise als „verseucht“ bezeichnet werden. Bedenken gegen die Aufrechterhaltung des Badebetriebes bestehen nicht. Wünschenswert sei es allerdings, daß der See in ähnlicher Weise gelegentlich entschlammte werde, wie es zur Zeit bei dem Halensee geschieht. Es erscheint aber fraglich, ob sich dadurch die starke Entwicklung der Wasserblüte erheblich einschränken lassen werde.

Der Deutsche Republikanische Pfadfinderbund hielt in Kassel seine diesjährige Reichsführerkonferenz ab, die von etwa 100 Führern aus dem ganzen Reich besucht war. In einem ausführlichen Bericht über Entwicklung und Tätigkeit des Bundes in dem abgelaufenen Bundesjahr konnte der Bundesführer von bedeutender Zunahme der Mitgliederzahl, besonders im Westen und Süden des Reiches, Mitteilung machen. In einer längeren Aussprache über die zukünftige Arbeit des Bundes wurde auch die Frage über die internationale Zusammenarbeit im Internationalen Büro der Pfadfinder gestreift; im besonderen wurde aber über die Stellung und Aufgabe des Bundes in der gegenwärtigen politischen Lage gesprochen. Einstimmig wurde dabei die Meinung vertreten, daß trotz aller Schwankungen und Wirrnisse es Aufgabe jedes einzelnen sein müsse, am Ausbau der sozialen Republik im Sinne der Weimarer Verfassung mitzuarbeiten.

Das 26. Kind! In Monteiro (Portugal) meldete ein Bauer die Geburt seines 26. Kindes an. Von den 26 Kindern des Refordvaters, die alle noch leben, sind 23 männlichen Geschlechts.

Weinlese in — Berlin.

Nach einer alten Weinregel herrscht eitel Freude, wenn am Michaelstag schon die Weinlese beginnen kann, denn „Michaels-Wein ist Herrenwein“. Dies wußte man auch im alten weinbauenden Berlin, dessen edler Rebenast einen nicht unwichtigen Posten im Stadtbudget einnahm. Berlins Weinberge und Weingärten machten damals einen großen Teil der angebauten Bodenschicht aus. Geschichtlich steht es außer Zweifel, daß in der Mark die Rebe schon vor etwa 800 Jahren durch Laienpriester, Prämonstratenser und Zisterzienser kultiviert wurde. Beurlaubet sind vor etwa 750 Jahren große Rebpflanzungen auf den Bergen bei Brandenburg, die bereits 1173 einen solch reichlichen Ertrag abwarfen, daß die Bischöfe Bismar und Siegfried mit Zustimmung des Markgrafen Otto I. einen Teil des Weinertrages der Geistlichkeit ihres Kirchensprengels als Tischtrank überließen. Auf alten märkischen Kirchenspitzen, plastischen Arbeiten und Ornamenten finden sich Weinblatt, Traube und Winger so naturallistisch, daß nur sie selbst als Vorlage gedient haben können. Speziell im 16. Jahrhundert wies Berlin einen sehr bedeutenden Weinbau auf. 1565 zählte 12 000 Einwohner zählend, besaß es 70 Weinberge und 26 Weingärten, dessen Ertragnisse „als von vortrefflichem Geschmack“ gelobt wurden, während der Brandenburger bloß lieblich sei und der Frankfurt-(Oder)-Wein als pikant gelte. Berliner Wein fand deshalb Absatz in Sachsen, Meissen, Thüringen und Böhmen. Noch um das Jahr 1700 dehnten sich in der Gegend des heutigen Alexanderplatzes allein 10 Weinberge aus, 1690 wurde durch einen derselben die Weinmeisterstraße angelegt. Aber im kalten Winter von 1740 erfroren viele Reben. Schon vorher wurde dem Berliner Weinbau Abbruch getan durch den Dreißigjährigen Krieg. Deshalb verordnete eine Generalsteuerordnung von 1684, daß die Weinberge zum Wohle der Stadt und der Bürger wieder anzubauen und zu pflegen seien. Mit der Verbesserung der Transportmöglichkeiten kam billiger Südwein ins Land; auch das Weibier und der Kornschnaps traten in ernste Konkurrenz. So verstummten nach und nach die fröhlichen Weinelieder, der Festjubiläum zur Zeit der Weinernte beim Klang der Weinkelter. Heute wird in Berlin die Rebe nur noch aus Liebhaberei angepflanzt.

In den Händen eines Ausbeuters.

Zuhälter zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

In einer Moabitler Verhandlung gab es ein dramatisches Intermezzo. Während sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, bemerkten die Justizwächmeister, wie der Angeklagte in gebückter Haltung sich an seinen Händen zu schaffen machte. Dann hob er sie plötzlich in die Höhe des Halses. Die Beamten sprangen zu. Der Mann blutete an Handgelenken und Hals. Unter der Bank lag ein spitzer Glasscherben. Die Beratung des Gerichtes wurde unterbrochen und ein Arzt herbeigeholt.

Auf der Zeugendank saßen Frau und Schwiegermutter des Angeklagten. Sie schauten zu ihm hinüber, im Gesicht Mitleid und Grauen zugleich. Der Selbstmordversuch des Mannes hatte auf das Gericht wenig Eindruck gemacht. Statt der vom Staatsanwalt beantragten ein Jahr vier Monate Gefängnis verurteilte es ihn wegen Zuhälterei zu 1½ Jahren Gefängnis. Auf dem Korridor verprügelten die Freunde des Verurteilten seine junge Frau für die von ihr erstattete Strafanzeige...

Der Angeklagte ist non Beruf Chauffeur. In Wirklichkeit löst er sich von Frauen erhalten. Vierzehn Monate Gefängnis, die er für Zuhälterei verbüßen mußte, haben ihn nicht zu seinem früheren Beruf zurückgeführt. Kaum aus dem Gefängnis, begann er das alte schändliche Treiben von neuem. Seine jetzige Frau konnte er bereits vor seiner ersten Strafe. Die Mutter des jungen Mädchens, eine ehedem Frau, verbot der Tochter Umgang mit dem Mann. Die Tochter lehnte sich nicht daran, sie verließ das Elternhaus und heiratete den Freund. Nun sie in höchster seelischer Not war, fand sie den Weg zur Mutter zurück. Ihr Gesicht war zertrübt, die Augen blaugeschlagen. Endlich rühte die unglückliche junge Frau mit der Sprache heraus: „Ich muß für ihn auf die Straße gehen.“ Und so „ging“ sie für ihn monatelang. Verdiente sie zu wenig und weigerte sie sich, dieses Leben fortzusetzen, da hagelte es Schläge. Bis sie eines Tages nicht mehr konnte. Er hatte sie aus der Wohnung herausgeschmissen, da lief sie zur Mutter und erstattete Anzeige bei der Polizei.

So die Schwiegermutter. Und die junge Frau? Sie hält auch heute noch zu ihrer Anzeige. Sie will keine Schonung für ihren Peiniger. Die Zimmervermieterin will selbst vor Gericht nicht recht mit der Wahrheit heraus. Sie wußte wohl, daß die junge Frau auf die Straße geht. Die Unglückliche hat ihr auch ihr Leid geklagt und ihr die Kratzenwunden gezeigt. Der Mann erhielt ja auch nicht mehr als 14 Mark wöchentliche Unterstützung. Die Miete kostete ganze 13 Mark. Für den sonstigen Lebensunterhalt kam eben die Frau auf. Auch die anderen Zeugen wollten nichts gewußt haben. Und der Angeklagte selbst sagt: Alles erkant und erlogen. Ich habe sie geschlagen, weil sie so verdorben war.

Kadau in Biesenhorst.

Auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes Biesdorf, auf südlichem Terrain, liegt die Kleingartensiedlung „Biesenhorst“. Es sind etwa 700 Kolonisten auf dem umfangreichen Gelände verteilt, von denen ungefähr 400 Familien meist in Wohnlauben draußen wohnen.

Das Bezirksamt hat erklärt, daß eine Bebauung des Geländes nicht in Frage käme und daß das Gelände mit in den großen Grünflächengürtel, der ganz Berlin umfassen soll, später einrangiert werden soll. Die Siedler haben dann einen mehrjährigen Pachtvertrag mit dem Bezirksamt abgeschlossen, der in einen Abwicklungsvertrag umgewandelt wurde. Die angebliebenen Härten, die das Bezirksamt in der Behandlung dieser Pachtverträge an den Tag legte, waren dadurch begründet, daß immer noch in den Köpfen der Kleingärtner der Gedanke spukte und noch heute besteht, eines Tages könnten sie doch auf billige Art Besitz ihrer bis 1000 Quadratmeter großen Parzelle werden.

Kürzlich fand wieder einmal eine Protestversammlung im „Deutschen Haus“ in Kottbusch statt, die in einer maßlosen Hege gegen das Bezirksamt ausklang. Das Bezirksamt hat es abgelehnt, sich für Entschädigungen der in Biesenhorst errichteten Baulichkeiten (nach Angaben der Siedler sind bereits über 1 Million Werte in Biesenhorst investiert) bei einer etwaigen Räumung zu verbürgen. Weiter wurde abgelehnt, einen mehrjährigen Vertrag mit den Kleingärtnern unter diesen Umständen zu schließen. Daß dem Bezirksamt selbst die Hände gebunden sind und es sich nicht über die allgemeinen Richtlinien, die in Berlin den oft sehr berechtigten Wünschen und Forderungen der Kleingärtner gegenüberstehen, hinwegsetzen kann, wollen die Biesenhorster nicht einsehen. Sie verlangen aber von der sozialdemokratischen Fraktion, nachdem man ihre Leute persönlich verunglimpft, daß sie die Wünsche der Biesenhorster Siedler durchsetzt. Die sehr berechtigten Ausführungen des Vertreters des Provinzialverbandes der Kleingärtnervereine gingen schließlich im Loben der Versammlung unter.

Spitzen Leistungen deutscher Schuhfabrikation

45 jährige Erfahrung und moderne Fabrikations- und Verkaufs-Methoden begründen unsere Leistungsfähigkeit, die von keiner ausländischen Fabrik übertroffen wird. — An unsere 140 eigenen Filialen versenden wir täglich ca. 20 000 Paar Schuhe. 4 000 Arbeiter u. Beamte stehen im Dienste der Tackkunden.

Unser Unternehmen ist rein deutsch!



Hübsche Herbst-Trottschuhe in braun oder Lack

Elegant. Lackpump mit geschweiftem Absatz.....

4⁴⁵ 6⁸⁵

Tack

140 Filialen davon 23 in Groß-Berlin u. Potsdam



8⁸⁵



4⁷⁰
Gr. 29-30

Vornehm. Herrenschuhe in Lack, sowie schwarz und braun Boxkalf. — Beste Rahmenarbeit

Rindbox-Knabenstiefel mit Garantie-Gummi-sohle (3 Monate) l. d. Gr. 29-40.

Reparaturen Damen-Abs. ab 50 Pf., Sohlen ab 1.85 Mk. Herren-Abs. ab 80 Pf., Sohlen ab 2.15 Mk.

